

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 1. August 1927

Der gemeinderätliche Untersuchungsausschuss über die Vorfälle vom 15. und 16. Juli. Die vom Gemeinderat eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vom 15. und 16. Juli hielt heute eine Sitzung ab. Zu Beginn der Sitzung teilte Vorsitzender Präsident Dr. Danneberg mit, dass der von der Kommission gewünschte Bericht der Polizeidirektion in den nächsten Tagen einlangen wird. Dann wurde der Kommission der Bericht der Magistratsdirektion an den Bürgermeister über die auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vorgenommene Untersuchung über die Vorfälle im Rathaus mitgeteilt. Sodann berichtete Magistratsdirektor Dr. Hartl über seine Wahrnehmungen am 15. Juli. Am Schluss der Sitzung wiederholte Stadtrat Rummelhardt seinen in der ersten Sitzung gestellten Antrag, dass die Kommission feststellen möge, dass sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln nicht in der Lage sein, die ihr gestellte Aufgabe zu erfüllen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Tschechische Sportler im Wiener Rathaus. Am Sonntag vormittags erschienen im Rathaus die Mitglieder des Tschechischen National-Teams, die anlässlich der leichtathletischen Spiele in Wien weilen. Die Gäste wurden im Empfangssaal des Bürgermeisters vom Vizebürgermeister Emmerling begrüsst, der sie in Wien herzlich willkommen hiess. Für den freundlichen Empfang dankten namens der Gäste Kapitän Plichta und Dr. Fürth für den Oesterreichischen Leichtathletiker-Verband. An dem Empfang nahm auch Sekretär Otrabal vom Tschechoslowakischen Generalkonsulat teil.

Ausländische Schüler kommen nach Wien. Für die Einrichtungen der Wiener Stadtverwaltung zeigt sich in den letztvergangenen Jahren ein besonders grosses Interesse bei den Schülern der verschiedensten Lehranstalten des Auslandes. Insbesondere in den heurigen Ferien ist der Besuch ein ganz ausserordentlich starker. Die Besichtigung führt in Wien Direktor Ronge durch. Die Schüler und Schülerinnen werden in der Schülerherberge des Stadtschulrates in der Unteren Augartenstrasse untergebracht und verpflegt. Für die Woche vom 1. bis 7. August sind nicht weniger als fünfzehn Reisegesellschaften angemeldet. Die Realschule Berlin sendet fünfzehn Schüler, die vier Tage in Wien bleiben. Aus Meran kommen achtzehn Pfadfinder, sie sich fünf Tage in Wien aufhalten. Die Universität in Utrecht schickt neun Teilnehmer an einer Studienreise nach Wien, die ebenfalls fünf Tage hier bleiben. Das Gymnasium in Lüdenscheid hat zehn Schüler angemeldet, die Volksschule in Lutzmannsburg 25 Schüler, beide Gruppen halten sich vier Tage in Wien auf. Vom 1. bis 13. August sind 24 Mitglieder der Berufsschule in Chemnitz zu Studienzwecken in Wien. In der selben Zeit halten sich auch 63 sächsische Kinderfreunde hier auf. Vom Lyzeum in Svinemünde kommen dreizehn Schülerinnen auf drei Tage nach Wien. Die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf unternimmt mit 25 Teilnehmer eine Studienreise vom 4. bis 9. August nach Wien. Vom 4. bis 6. August sind 38 Mittelschüler aus Essen in Wien. Von der Oberrealschule in Aalen kommen zwanzig und aus englischen Mittelschulen sechzig Schüler am 4. August in Wien an, wo sie sechs Tage bleiben. Deutsche Austausch Kinder kommen in der ersten Augustwoche 165 nach Wien; auch sie werden in der Schülerherberge des Stadtschulrates gastlich aufgenommen. Das Programm der Besichtigungen umfasst verschiedene Stadtgänge, Besichtigungen der Museen, Theaterbesuche, Besuche in städtischen Unternehmungen, Wohnhaus- und Siedlungsanlagen und Wohlfahrtseinrichtungen. Der starke Besuch war schon in der letzten Juliwoche festzustellen und dürfte mit dem Fortschreiten der Ferienzeit noch weiter ansteigen.

Wien, am Dienstag, den 2. August 1927

Englische Arbeiter im Wiener Rathaus. Eine grössere Gruppe von Mitgliedern der Workers Travel Association aus London besuchte heute vormittags das Wiener Rathaus. Die Gäste wurden im Empfangssaal des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling begrüsst, der sie namens des Bürgermeisters herzlich willkommen hiess. Der Führer der Reisegesellschaft Dr. Read übersetzte die Ansprache ins englische und dankte in deutscher Sprache für den freundlichen Empfang, den die Besucher nicht nur im Rathaus, sondern überall in Wien gefunden haben. An den Empfang schloss sich eine Führung durch die Festräume und die Sammlungen des Rathauses an.

Holländische Pflegeeltern in Wien. Seit einigen Tagen weilen ungefähr 400 Männer und Frauen aus Holland in Wien, die zum Besuche der Kinder gekommen sind, die nach dem Krieg, in der Zeit der grössten Not in wahrhaft hochherziger Weise, von holländischen Pflegeeltern betreut worden sind. Gegen Mittag wurden die holländischen Gäste im Gemeinderatssitzungssaal in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling empfangen. In seiner Ansprache hob der Vizebürgermeister insbesondere das grosse Liebeswerk der Holländer für die Wiener Kinder, vollbracht in schwerster Zeit, dankend hervor. Menschen, die so edel an dem schönsten, das eine Nation besitzt, an den Kindern, gehandelt haben, werden dauernd der Verehrung und des Dankes der ganzen Kulturwelt sicher sein. Namens der Gäste dankte Präsident H. G. Tulp (Hilversum) für den herzlichen Empfang, der den holländischen Pflegeeltern immer in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Unter sachkundiger Führung besichtigten die Gäste sodann das Rathaus.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 2. August 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird sofort in die Verhandlungen eingegangen. Zuerst berichtet Stadtrat Weber über die Neuregelung der städtischen Unfallsrenten auf Grund der Verordnung des Ministeriums für soziale Verwaltung vom 21. Juni dieses Jahres.

G. R. Haider (E. L.) tadelt, dass den Bediensteten der Gemeinde Wien, die Pension um den Bezug der Unfallsrente gekürzt wird. Wenn zum Beispiel ein Strassenbahner zum Krüppel wird und er eine Pension von zweihundert Schilling bezieht, er Anspruch auf eine Unfallsrente von hundert Schilling hat, so erhält er nur die zweihundert Schilling Pension, die Unfallsrente aber nicht. In keinem Vergleich zu einem solchen Vorgehen stehen die diesbezüglichen Bestimmungen beim Bund. Dort werden einem Angestellten erst nach einer Teilnahmzeit von fünfzehn Jahren beim Pensionsinstitut die Pensionen, wenn der Mann in den Genuss der Unfallsrente tritt, um ein bis zwanzig Prozent gekürzt. Der Zustand, wie er jetzt bei der Gemeinde ist, ist unhaltbar und muss aus der Welt geschafft werden.

In seinem Schlusswort weist Stadtrat Weber darauf hin, dass die städtische Angestelltenfürsorge um vieles besser ist, als beim Bund, worauf die Vorlage angenommen wird.

St. R. Weber ersucht um Genehmigung des Bauentwurfes des Kindergartens Sandleiten. Die Kosten betragen 1,086.000 Schilling.

G. R. Höppeler (E. L.) protestiert gegen die nicht gesetzmässige Anwendung des Paragraph 96. Schummeier habe einmal dem Bürgermeister Neumayer wegen seiner Schwerhörigkeit einen Schandfleck auf den Bürgermeisterstuhl genannt. Bürgermeister Seitz nun müsse wegen der Handhabung des Paragraph 96 auch ein Schandfleck auf dem Bürgermeisterstuhl genannt werden. Gegen die Errichtung von Kindergärten ist nichts einzuwenden. Trotzdem aber kann die Minderheit nicht für diesen Antrag stimmen, weil die Kindergärten unter dieser Verwaltung eine Parteischule für die Sozialdemokraten darstellen, wo schon die Kinder in die Lehren des Marxismus eingeführt werden. Der Redner bemängelt weiters, dass die Urlaube der Kindergärtnerinnen mit Rücksicht auf ihre nervenaufreibende Tätigkeit viel zu kurz sind und wünscht, dass den Kindergärtnerinnen längere Urlaube gewährt werden. Er fordert schliesslich, dass gegen zwei Kindergärtnerinnen, die am 15. und 16. Juli ihrem Dienst fern geblieben sind, die Disziplinaruntersuchung eingeleitet werde.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Linder, ruft den Gemeinderat Höppeler wegen des Ausdruckes Schandfleck zur Ordnung.

Im Schlusswort erklärt Stadtrat Weber, dass die Anwendung des § 96 in diesem Fall deswegen notwendig war, weil durch den verzögerten Baubeginn der Gemeinde ein Schaden erwachsen wäre. Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird sodann ein Antrag des Stadtrates Weber angenommen, einen Zuschusskredit von hunderttausend Schilling für Ersatzaufführungen in Wohnhäusern zu genehmigen.

St. R. Weber ersucht um Genehmigung der Errichtung des Hausgehilfinnenheimes in der Radetzkystrasse. Es wurde zu diesem Zweck ein Hotel angekauft und die Ausgestaltung dieses Hotels kostet 80.500 Schilling. In dem Heim werden nach der vollendeten Ausgestaltung 150 Hausgehilfinnen Aufnahme finden. Er ersucht weiters um Genehmigung eines Sachkredittes von 110.000 Schilling für die Ausgestaltung eines Schultraktes in der Schule Rahlgasse in ein Hausgehilfinnenheim. Das Heim ist bereits in Betrieb und sind dort 100 Hausgehilfinnen untergebracht.

G. R. Dr. Motzko (E. L.) verwahrt sich ebenfalls gegen die Anwendung des Paragraph 96. Die Uebergabe des Hausgehilfinnenheimes in der Rahlgasse an den sozialdemokratischen Verein "Einigkeit" erfolgte keineswegs nach den Grundsätzen der Leistungsfähigkeit. Die Gemeinde hätte müssen feststellen, welcher Verein das Heim so gut als möglich führen kann. Der Verein Einigkeit ist aber weit nicht so stark, wie der Verband christlicher Hausgehilfinnen, der sich aus eigener Kraft ein grosses Heim geschaffen hat, der ein Altersheim für ausgeschiedene Hausgehilfinnen besitzt und zwei sehr schöne Erholungsheime verwaltet. Dieser Verband hat den Kreis seiner Tätigkeit längst erweitert, er nimmt sich auch der Hausgehilfinnen an, die nicht Mitglieder sind. Das ist der leistungsfähige Verein und an den hätte sich die Gemeinde wenden müssen. Der Verein Einigkeit hat von den Hausgehilfinnen, die in das Heim Aufnahme finden wollten, eine Einschreibgebühr von einem Schilling, eine Wäschegebühr von 2.50 Schilling und eine Nächtigungsgebühr von vierzig Groschen verlangt. Später sind dann diese Gebühren ermässigt worden. Wo soll aber eine obdachlose Hausgehilfin solche Beträge hernehmen? Der Verband christlicher Hausgehilfinnen muss die ganze Wohnbausteuer zahlen und wird von der Gemeinde nicht im geringsten unterstützt. Die sozialdemokratische "Einigkeit" bekommt von der Gemeinde eine komplett eingerichtete Anstalt, wird von jeder Steuerleistung befreit und bekommt ausserdem noch eine städtische Subvention. Das wirft kein gutes Licht auf die Verwaltung des Rathauses und die Mehrheit müsste sich endlich angewöhnen, auf dem Weg der Fürsorge objektiv zu sein. (Beifall).

G.R. Untermüller (E.L.) meint, dass der Paragraph 96 nur angewendet wurde, weil man dieses Heim noch vor den Wahlen eröffnen wollte, um mit einer neuen Leistung prunken zu können. Es musste sogar Sonntags gearbeitet werden, damit das Haus noch vor dem 24. April eröffnet werden konnte. Tatsache ist, dass man einen sozialdemokratischen Verein aus Gemeindegeldern ein eingerichtetes Heim übergeben hat und dieser Verein dann daraus Vorteile zieht. Es werde hier eine einseitige Parteipolitik mit Gemeindegeldern betrieben. Heute handelt es sich um 800.000 Schilling, die diesem Zweck dienen, aber auch früher wurden schon grosse Summen für ähnliche Zwecke ausgegeben. Die Minderheit könne solchen Anträgen nicht zustimmen.

St.R. Weber entgegnet, dass der Verein Einigkeit bereits in Rudolfsheim ein Hausgehilfinnenheim führe. Es sind aber Beschwerden gekommen, dass dieses mustergültiggeführte Heim viel zu klein ist, um allen Anforderungen entsprechen zu können. Aus diesem Grund hat die Gemeinde diesem Verein das Hausgehilfinnenheim zur Verwaltung übergeben.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Hofbauer (soz. dem.) beantragt einen Zuschusskredit von 191.200 Schilling für den städtischen Gartenbetrieb. Es wurde eine grössere Zahl von Gartenarbeitern aufgenommen, als im Voranschlag vorgesehen war.

G.R. Körber (E.L.) beantragt, dass die Bauhütte vor der Kirche am Volkswehrplatz entfernt werde, so dass die dortige Gartenanlage ausgebaut werden kann. Die Bauhütte ist bereits dreissig Jahre alt und ziemlich beschädigt. Sie wurde im Vorjahr von der Kirche der Gemeinde zum Zwecke der Demolierung übergeben.

G.R. Hofbauer erwidert, dass diese Bauhütte ausgebessert wird und den dort spielenden Kindern als Schutz bei schlechtem Wetter dienen soll. Eine Entfernung könne daher nicht befürwortet werden.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag des Gemeinderates Körber abgelehnt.

G.R. Schmid (soz. dem.) ersucht um einen Zuschusskredit von 17.719 Schilling für die städtischen Sommerbäder Hohe Warte und Kongressplatz.

G.R. Erbau (E.L.) regt die Anlage eines Plantschbeckens im Sommerbad auf der Hohen Warte, eine bessere Erhaltung der Rasenfläche in den städtischen Bädern und schliesslich die Ausgabe von Badewäsche in verschiedenen Grössen, weil die Badewäsche, die derzeit in den städtischen Bädern ausgegeben wird, eine Badewäsche für Liliputaner ist.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Schmid, die Anregungen des Gemeinderates Erbau weiterzuleiten, worauf der Antrag angenommen wird.

Ohne Debatte wird sodann der Antrag des Gemeinderates Schmid angenommen die Expensenote des Rechtsanwaltes der Gemeinde Wien in der Prozesssache gegen die Wientalwasserleitungsgesellschaft in der Höhe von 46.000 Schilling zu genehmigen.

Ohne Debatte werden dann auf Antrag des Gemeinderates Schneider der Ziegellieferungsverträge und ein Zuschusskredit für den Wasserbezug aus der Wientalwasserleitung angenommen.

G.R. Schneider ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von eineinhalb Millionen Schilling zur Fertigstellung von Strassenbauten.

G.R. Untermüller (E.L.) erklärt, dass die Minorität mit den Präliminierungen für die Strassenpflagemacht einverstanden sein kann. Er wünscht weiters die Beschleunigung der Abgrabungsarbeiten auf dem inneren Mariahilfergürtel. Dort sind nur sechs Mann beschäftigt, was unbedingt zu wenig ist.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Schneider, dass die Abgrabungsarbeiten auf dem inneren Mariahilfergürtel nach Tunlichkeit beschleunigt werden. Es handelt sich da um 5000 Kubikmeter, die abzu graben sind, und diese Arbeit erfordert längere Zeit. Der Antrag wird so-

dann angenommen.

G.R. Hies beantragt die Subventionierung der Jugendschriftenstelle für Blinde Kinder mit 750 Schilling.

G.R. Merbaul (E.L.) erklärt, dass diese Subvention gar nichts bedeute. Die eingesammelten Gelder nach den Blindensammeltagen werden verpulvert und für die armen blinden Kinder wird nichts getan. Es ist endlich Zeit, dass die Blindenfürsorgestelle der Gemeinde Wien eingreife.

Nach der Entgegnung des Gemeinderates Hies, dass die Jugendschriftenstelle nur um eine Subvention von 600 Schilling angesucht habe wird der Antrag angenommen.

Ohne Debatte wird sodann ein Antrag des Gemeinderates Hies angenommen, dem Zentralverein für Hauskrankenpflege mit 2000 Schilling zu subventionieren.

Ferner beantragt Gemeinderat Hies, dem Zentralverein der Wiener Lehrerschaft für die Kosten der von ihm veranstalteten Pestalozzi feier einen Kostenbeitrag von fünfhundert Schilling zu bewilligen.

G.R. Höppeler (E.L.) erklärt, dass der Antrag wieder einmal so recht die parteimässige Einstellung der Personalpolitik beweise. Es gibt ausser dem Zentralverein noch andere Lehrerorganisationen in Wien, die ebenfalls eine Pestalozzifeier veranstaltet haben, denen jedoch kein Kostenbeitrag zugesprochen wird. Der Redner bespricht sodann die Ergebnisse der Wahlen in die Qualifikationskommission, in die Disziplinarkommission und in die Jugendschriftenprüfungskommission und erklärt, dass der Zentralverein in der Wiener Lehrerschaft nicht mehr die Majorität habe.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Hies, dass bei den von Gemeinderat Höppeler besprochenen Wahlen die kleinen Organisationen nur eine Zufallsmehrheit erlangt haben. Der Antrag wird sodann angenommen. Weiters beantragt Hies, der Wiener Urania mit 15.000 Schilling zu subventionieren.

G.R. Müller (E.L.) stellt an den Referenten die Anfrage, welcher Platz in Mariahilf für das zu errichtende Zweighaus Mariahilf der Wiener Urania in Aussicht genommen sei.

G.R. Hies erwidert, dass die Gemeinde der Wiener Urania eine Reihe von Plätzen angetragen habe, der Vorstand der Urania jedoch noch keine Entscheidung getroffen habe.

Der Antrag wird sodann angenommen und weiters ohne Debatte der Antrag des Gemeinderates Hies, die Subvention des Künstlerbundes Hagen mit 8000 Schilling zu genehmigen.

Ohne Debatte werden sodann zwei Subventionsanträge des Gemeinderates Weigl angenommen, der auch beantragt, der ersten österreichischen Krüppelarbeitsgemeinschaft ein unverzinsliches Darlehen von tausend Schilling zu gewähren.

G.R. Merbaul (E.L.) erklärt, dass das Darlehen eine Schande sei. In allen grossen Städten findet man grosseingerichtete Krüppelwerkstätten, nur Wien habe für die Krüppeln nichts übrig. Für die Gemeindegasse werden 50 Milliarden hinausgeworfen, aber für die Krüppel habe Breitner kein Geld.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Weigl, dass die Krüppelarbeitsgemeinschaft nur um ein Darlehen angesucht habe. Die Gemeinde habe der Arbeitsgemeinschaft die Werkstättenräume zur Verfügung gestellt, vor dem Darlehen wurde die Arbeitsgemeinschaft bereits subventioniert und überdies wird jetzt die Arbeitsgemeinschaft eine Kinokonzession erhalten. Die Gemeinde leistet für die Krüppel was sie kann. Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Speiser referiert über die Erhöhung der Reinigungs- und Heizzulagen der städtischen Schulwarte. Die Erhöhung mache 30 Prozent aus und ergibt ein Jahresmehrerfordernis von 138.522 Schilling.

G.R. Schlössinger (E.L.) erklärt, dass diese Erhöhung

nichts anderes als ein Wahlgeschenk für die Schulwarte bedeute. Die Gebühren der Schulwarte machen nur das zehntausendfache der Friedensgebühren aus, wobei sie noch überdies um den Achtsturentag geprellt wurden. Die Reinigung der Fenster in den Schulen ist sehr mangelhaft; sie erfolgt nur zweimal im Jahr. Rednerin beantragt, dass die Fenster in den Schulen so wie früher alle zwei Monate zu reinigen sind. Sie bezeichnet schliesslich die Reinigungsgebühren für die Schulwarte als ungenügend und wünscht eine bessere Sorte von Dienstkleidern für die Schulwarte oder eine entsprechende Entschädigung in Geld.

G.R. Haider (E.L.) erklärt, dass diese Regulierung nur den Schein erwecke, als würde den Schulwarten etwas gegeben werden. Früher haben die Schulwarte für die Beheizung der Schule eine Entschädigung erhalten, jetzt müssen sie das umsonst machen. Die Vorlage nimmt auch die Schulen, in denen Jugendhorte untergebracht sind von der Bezugsregulierung aus, weshalb Redner die Streichung dieses Punktes beantragt.

St.R. Speiser erwidert, dass bereits im Oktober 1926 die Vereinbarungen mit den Schulwarten über die neue Regelung mit dem der Gebühren protokollarisch festgelegt wurde, weshalb also von einem Wahlschlager nicht gesprochen werden kann. Eine Streichung des Punktes über die Schulen mit den Horten ist unzweckmässig, weil hier gesonderte Verhandlungen geführt werden. Für die Schulwarte hat niemals der Achtsturentag Geltung gehabt, weil es sich hier um keine Industriearbeiter, sondern um Bedienstete handelt, die sehr viel Anwesenheitsdienst leisten müssen. Eine öftere Reinigung der Fenster wäre gewiss begrüssenswert, vorläufig aber hindere die grosse Ausgabe die Durchführung.

Die Vorlage wird genehmigt, der Antrag des Gemeinderates Haider wird abgelehnt und der Antrag der Gemeinderätin Schlössinger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St.R. Speiser berichtet nunmehr über fünf Vorlagen, die ohne Debatte genehmigt werden. Es handelt sich um die Eingliederung der Arbeiter der städtischen Bäckerei in die Pensionskasse der Kollektivvertragsbediensteten, um Neueinsteiger von Bediensteten des städtischen Schlachthofes, um die Schaffung von neuen Stellen im Schlachthofbetrieb, um Arbeitsverträge für die Pensionskasse der Gemeinde Wien und um die Gehaltsregulierung der Feuerwehrbediensteten.

G.R. Dr. Friedjung (soz. dem.) beantragt die Genehmigung eines Zuschusskredites von 50.000 Schilling für Milch in den städtischen Kindergärten. Die Mehrausgabe ist dadurch entstanden, dass seit dem 1. Mai an Stelle der Kondenzmilch Frischmilch gegeben wird.

G.R. Huber (E.L.) bemängelt, dass die Gemeinde die Milch bei der Vereinsmolkerei um 52 Groschen pro Liter kauft, während bei der Miag nur 47 Groschen zuzahlen wären. Erst später hat auch die Vereinsmolkerei den niedrigeren Preis berechnet, aber noch ^{bis} 1. Juli musste die Gemeinde 52 Groschen zahlen. Die Gemeinde hat selbst ein Unternehmen, die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft, die täglich 14 bis 16.000 Liter Milch erzeugt. Die Gemeinde kauft aber die Milch nicht beim eigenen Unternehmen, sondern verkauft diese Milch um 37 Groschen an die Vereinsmolkerei, um sie dann um 47 Groschen wieder zurückzukaufen. So werde mit den Steuer-geldern gewirtschaftet. Vielleicht sei dies darauf zurückzuführen, weil beim Präsidenten dieser Molkerei manche Führer der Partei zu Gäste sind. Würde die Gemeinde die Milch von der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft kaufen, dann könnten dieser Gesellschaft jährlich rund 100.000 Schilling Mehreinnahmen zufließen und die Gemeinde würde noch 255.000 Schilling ersparen. Statt dessen bezieht die Vereinsmolkerei täglich 10.000 Liter Milch aus der Tschechoslowakei und unsere heimischen Milchproduzenten können die Milch nicht verkaufen. Hier sollte der Finanzreferent Ordnung machen (Beifall).

G.R. Friedjung antwortet, dass für die Kindergärten nur eine molkereimässig behandelte Milch verwendet werden könne. Die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft besitze aber nicht die technischen Einrichtungen und es lohne sich auch nicht bei der verhältnismässig geringen Produktion derart kostspielige Investitionen zu machen.

Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte werden weiters Berichte des Gemeinderates Friedjung über gärtnerische Ausgestaltung von Friedhöfen, ein Zuschusskredit von 250.000 Schilling für die Erhöhung der Pflege- und Kostgelder, ein Zuschusskredit von 7000 Schilling für die Pflege und Erhaltung der Wege und Gartenanlagen im Lainzer Versorgungshaus, die Erhöhung der Handgelder und der Entlohnung der Pfleglinge in den städtischen Versorgungsanstalten und die Uebernahme der beiden Apotheken in Lainz und Steinhof in den Eigenbetrieb der Gemeinde zur Kenntnis genommen.

Vizebürgermeister Emmerling ersucht um die nachträgliche Genehmigung einer Verfügung des Bürgermeisters über die Anschaffung von Gasmessern.

G.R. Zimmerl (E.L.) bezeichnet es als charakteristisch für die Geschäftsführung, dass dieses Stück, das bereits seit März auf der Tagesordnung steht, erst jetzt zur Verhandlung kommt. Die Opposition müsse gegen diese Art der Geschäftsführung protestieren.

Redner erinnert ferner daran, dass er bereits vor Monaten an den Referenten die Anfrage wegen der Bankkredite der städtischen Unternehmungen gerichtet habe. Damals wurde ihm erwidert, dass diese Bankkredite nichts mit steuertechnischen Massnahmen zu tun haben. Ein anderes Mal habe der Referent wieder gesagt, dass diese Bankkredite schon deshalb mit der Frage der Besteuerung der Unternehmungen nichts zu tun haben, weil den städtischen Unternehmungen vom Bund noch gar keine Steuer vorgeschrieben worden ist. Redner frage deshalb, wie hoch sind die Kredite der städtischen Unternehmungen, auf welche Zeit sind sie gewährt worden und aus welchen Mitteln werden sie bestritten.

Schliesslich wünscht der Redner Auskunft über die Investitionsanleihe, die der Wiener Landtag am 1. April beschlossen habe. Schon damals habe er gefragt, ob man es ernst meine oder ob es sich nur um einen Wahlschlager handle. Seit dem sind vier Monate verflossen und man hat über diese Anleihe noch immer nichts gehört. Das Hinausziehen kann sich schwer rächen, weil jetzt die Aussichten für Oesterreich bei der Erlangung von Auslandsanleihen etwas schlechter sind. Das ist die Tragik aller Ihrer revolutionären Akte, dass die Arbeiter ihr Blut vergiessen müssen, die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht aber die Kapitalisten, die Sie angeblich bekämpfen, für ihr Geld eine bessere Verzinsung bekommen. Der Zinsfuss ist jetzt um ein Prozent erhöht worden und es ist nicht unmöglich, dass auch die Gemeinde beim Abschluss der Anleihe schlechtere Bedingungen gewärtigen muss.

G.R. Zimmerl bespricht dann noch die Frage der Vorauszahlung für Gas und elektrischen Strom. Bei der Einführung dieser Vorauszahlungen hat man in ihnen eine Zwangsanleihe erblickt. Heute aber sind sie ein Raub an den Konsumenten. Auf Grund von Erklärungen der Mehrheit konnte man meinen, dass diese Vorauszahlungen doch einmal zurückgegeben werden. Es handelt sich um dreissig bis vierzig Milliarden, die den Konsumenten widerrechtlich vorenthalten werden. (Beifall).

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass die Vorauszahlungen ein Teil des Betriebskredites der städtischen Unternehmungen sind. Eine Rückerstattung würde die Betriebe ihres Kredites berauben und zu einer Erhöhung der Tarife führen. Ueber die Bankkredite könne wohl am besten im Finanzausschuss ein genauer Bericht erstattet werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt eine Reihe von Investitionen im städtischen Gaswerk.

G.R. Zimmerl (E.L.) bemängelt, dass der Referent auf seine Anfragen ungenügend geantwortet habe. Es scheint doch so zu sein, dass man nicht die richtige Antwort geben wollte.

Vizebgm. Emmerling entgegnet, dass es nicht gelingen werde, eine so wichtige und ernste Sache wie es die Aufnahme der Investitionsanleihe sei, heute im Gemeinderat öffentlich zu behandeln. Die Mehrheit würde die Interessen der Stadt schlecht wahren, wenn sie dies täte. Das Programm werde nach Möglichkeit schon jetzt durchgeführt, was die Anträge der letzten Gemeinderatssitzungen beweisen. Es wurden fünfzig Autobusse bestellt, der Bau der notwendigen Garagen beschlossen und so dem Wiener Gewerbe und der Industrie schon jetzt eine ausgiebige Beschäftigung gesichert. Auf diesem Weg wird weitergeschritten werden (Beifall).

Die Anträge werden angenommen.

Sodann werden acht

Berichte des Vizebürgermeisters Emmerling angenommen. Es handelt sich um die Errichtung eines Koksblöschanlage in Gaswerk Leopoldau, um Gleisvorstellungen bei der Strassenbahn, um Ausgestaltung der öffentlichen Beleuchtung, weiters um die Errichtung eines Waaghauses im Gaswerk Simmering, um den Aufbau des Wohlfahrtsgebäudes im Gaswerk Leopoldau, um die Herstellung von Sicherheitseinrichtungen im Stollenwerk Meidling-Hauptstrasse, um die Anschaffung von zwei Autobussen im Kraftstellwagenbetrieb zwecks Ergreifung und schliesslich um die Aufkündigung des Beleuchtungsvertrages in Lang Enzersdorf.

Vizebgm. Emmerling berichtet sodann über die Herstellung der Gleisschleife auf der Stadtbahnstrecke beim Michelhäuern.

H.R. Daffinger (E.L.) erklärt, dass dieses Geschäftsstück bereits am 27. Mai auf der Tagesordnung stand. Erst heute darüber zu verhandeln, sei einfach lächerlich. Er bemängelt, dass die Waagenhalle im Michelhäuern nur eine Ein- und Ausfahrt hat und erklärt, dass die Gleisanlage schlecht angelegt ist. Er ersucht, auch an Wochentagen von der Gürtellinie einen direkten Verkehr nach Hütteldorf zu führen.

Vizebgm. Emmerling entgegnet in seinem Schlusswort, dass bei Gleisanlagen unbedingt Gleiskreuzungen vermieden werden müssen, weshalb auch die Schleife, so wie sie ist, angelegt werden musste. Der Antrag wird sodann angenommen.

Ohne Debatte werden sodann auf Antrag des Vizebürgermeisters Emmerling Sachkredite für Neueinrichtungen in der Hauptwerkstätte Hietzing und für Sicherheitseinrichtungen auf der Stadtbahn genehmigt.

G.R. Böhm (S.D.) referiert über die Erbauung einer Kühlhalle und einer Sammelanlage für Schweine in der Wiener Kontumazanlage. Die Kosten betragen über zwei Millionen. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

G.R. Böhm berichtet über die Erbauung der Wohnhausanlagen Hagenmüllergasse 5 und Hagenmüllergasse 14 - 16.

G.R. Darisamer (E.L.) tadelt, dass in der Wohnhausanlage Hagenmüllergasse 5 ein städtisches Jugendheim eröffnet werden soll, obwohl gegenüber sich schon lange Zeit ein Jugendheim der Salesianer befindet. So ein Konkurrenzmanöver sei nicht am Platz. Bei der Wohnhausanlage Hagenmüllergasse 14 - 16 sei es mit Rücksicht auf die Anreiner unzulässig, Quertraktbauten aufzuführen, wodurch den Arbeitern, die in den Nachbarhäusern wohnen, Luft und Licht genommen wird.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Böhm, dass erst bei Aufhebung von Neubauten bezüglich der Lichtschächte der angrenzenden alten Häuser sich so recht die Sünde zeigt, die die früheren Bauherren begangen haben.

G.R. Böhm beantragt sodann die Genehmigung von Bauplänen für städtische Wohnhausanlagen am Alsergrund, Dorsaygasse mit einem Kostenaufwand von 800.000 Schilling und in der Brigittenau Kluckygasse mit einer Baukostensumme von 1.450.000 Schilling. Beide Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

G.R. Schön berichtet über Ausgestaltungen der Märkte und Schlachthöfe und beantragt die Bewilligung von Zuschusskrediten. Auch diese Anträge werden ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Rausnitz beantragt die Anschaffung von fünf Quecksilberdampfgleichrichteranlagen. Die Kosten betragen 1.320.000 Schilling und die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

G.R. Suchanek beantragt den Verkauf von Liegenschaften in Pitten und den Ankauf eines Grundstückes in Hietzing. Beide Anträge werden ohne Debatte angenommen.

G.R. Thaller berichtet über Subventionsgesuche. Ohne Debatte wird beschlossen der Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule 2000 Schilling, der Gesellschaft der Musikfreunde 5000 Schilling, dem Verein Künstlerheim 1000 Schilling, dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum 10.000 Schilling, und dem Albrecht Dürerbund und der Genossenschaft der bildenden Künstler Ehrenpreise zu gewähren.

Bei dem Referat des Gemeinderates Thaller über die Gewährung einer Subvention von 3000 Schilling für den Verein für Volkskunde beantragt Frau Gemeinderätin Schlössinger, dass diesem Verein 6000 Schilling Subvention gegeben werden sollen, weil das Museum, das ein deutliches und vollständiges Bild des österreichischen Volkslebens zeigt, nur die Hälfte des Jahres besucht werden kann, was auf die Unmöglichkeit der Heizung der Räume zurückzuführen ist. Der Verein könnte mit der erhöhten Subvention die Heizanlagen schaffen.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag Schlössinger abgelehnt.

G.R. Wimmer und Gemeinderat Schneider referieren über Zuschusskredite für den Ausbau der städtischen Bedürfnisanstalten, die ohne Debatte bewilligt werden.

Schliesslich wird ohne Debatte nach einem Bericht des Stadtrates Kokrda der Verkauf von Weinkellereien genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Bürgermeister Seitz sagt, dass der Gemeinderat dieses Jahr die Sitzungen bis weit hinein in die Sommerzeit abhalten musste. Wir werden die Sitzungen auch bald wieder einberufen müssen. Von Ferien kann dieses Jahr keine Rede sein. Wir werden jetzt kurze Zeit aussetzen und in dieser Zeit auf Grund des Paragraph 102 durch den Stadtsenat oder auf Grund des Paragraph 96 unsere Entschädigungen fällen müssen.

Der Bürgermeister schliesst um 10³⁰ Uhr die Sitzung.

123 Milliarden Investitionen der Hotels und Sanatorien. Die Gemeindeverwaltung hat gegen Ende des Vorjahres eine neue und eigenartige Steueraktion unternommen. Die von ihrem Höchststand schon mehrmals herabgesetzte Fremdenzimmerabgabe wurde nochmals in einschneidender Weise ermässigt. Die Gemeinde hat aber daran die Bedingung geknüpft, dass diese für die Jahre 1927 bis einschliesslich 1929 geltende Begünstigung nur den Betrieb zugestanden wird, der die Verpflichtung übernimmt, mehr als das Doppelte des Steuerertrages des Jahres 1926 in Form von Investitionen oder Instandsetzungen aufzuwenden. Wird der gesamte Betrag bis Ende 1928 investiert, so ist der Steuernachlass grösser, als wenn die Instandsetzungen in drei Jahresraten erfolgen. Die Gemeinde hat sich vorbehalten, unter Beiziehung von Vertrauenspersonen aus dem Kreise der Brancheangehörigen die angemeldeten Investitionen auf ihre Nützlichkeit zu überprüfen. Ebenso wird auch eine genaue Kontrolle über die tatsächliche Ausführung der Arbeiten nach Vollendung erfolgen. Am 1. Juli ist die Anmeldefrist abgelaufen. Der grösste Teil aller Unternehmungen macht von den gebotenen Steuervorteilen Gebrauch und ist bereit, auch die erforderlichen Zuschüsse zu leisten, um die Wiener Hotels, Pensionen und Sanatorien durchgreifend zu modernisieren. 126 Hotels, 73 Pensionen, 10 Sanatorien und 6 Pensionate nehmen das Investitionsbegünstigungsgesetz in Anspruch. Auf Grund der Steuerleistung des Jahres 1926 beträgt die Investitionsverpflichtung 8,552.000 Schilling. Es hat sich jedoch gezeigt, dass sich insbesondere die Hotels nicht an diesen Rahmen halten. Die Kostenvoranschläge gehen sogar noch darüber hinaus. Die vom Magistrat geprüften und gutgeheissenen Bestellungen umfassen nämlich bereits den Betrag von 10,899.490 Schilling. Erfreulicher Weise hat sich die überwiegende Mehrzahl nicht für das dreijährige Programm, sondern für die beschleunigte Durchführung entschieden. In den Jahren 1928 und 1929 werden aber immerhin noch Bestellungen um mindestens 1,160.000 Schilling nachfolgen müssen, da mit der erhobene Begünstigungsanspruch wirksam wird. Es fliessen also insgesamt Aufträge für wenigstens 12,259.000 Schilling der Industrie und dem Gewerbe zu. Nach allen übereinstimmenden Mitteilungen war seit vielen Jahren die Investitionstätigkeit der Wiener Hotels, Pensionen und Sanatorien auch nicht annähernd so gross, wie sie sich nunmehr gestaltet. Man kann ruhig aussprechen, dass mit der Aktion der Gemeinde ein neuer Abschnitt für das gesamte Gewerbe der Fremdenbeherbergung beginnt. Es werden nicht nur Rückständigkeit verschwinden, die der Krieg durch die jahrelange Abnutzung der vorhandenen Einrichtungen hervorgerufen hat, sondern die auch schon im Jahre 1913 vielen Wiener Hotels als schwerer Schaden anhafteten. Das alles wird jetzt mit einem starken Rucke nachgeholt werden. An der Spitze der Investitionen stehen dementsprechend die Aufwendungen für Bauführungen und Installationen. Etwas über sechs Millionen Schilling sind für diese Zwecke bestimmt. Die Installationsbranche erhält nach jahrelangem Stillstand ausgiebige Beschäftigung. Aber auch alle anderen Zweige haben sich nicht zu beklagen. So sind Anstreicherarbeiten für 328.000 Schilling, Ausmalungen für 221.000 Schilling, Bestellungen bei Tischlern um 307.000 Schilling, Leistungen von Tapezierern für 212.000 Schilling, Anschaffungen von Möbel um 300.000 Schilling, von Teppichen um 650.000 Schilling angemeldet. Kücheninventar, Glas- und Porzellanwaren umfassen weitere 212.000 Schilling. Dazu kommen noch Schlosser-, Glaser-, Spengler-, Zimmermeister- und Dachdeckungsarbeiten. Mit grosser Sorgfalt wurde darauf geachtet, die heimische Produktion zu begünstigen. Nur in Ausnahmefällen, in denen die betreffenden Artikel bei uns nachweisbar nicht erzeugt werden können, hat der Magistrat Aufträge ins Ausland zugelassen. Die Veränderungen im Wiener Hotelwesen werden schon nach Ablauf

eines Jahres eindrucksvoll und sichtbar sein. Auch die Sanatorien, deren Ruf seit jeher ein hervorragender war, machen sich die neuesten technischen Behelfe zunutze. Die Gemeinde selbst wird wohl zunächst namhafte Mindereinnahmen in der Fremdenzimmerabgabe zu verzeichnen haben. Der unmittelbare Vorteil besteht in der Verminderung der Arbeitslosigkeit. Im weiteren Verlaufe werden sich aber auch die Steuererträge heben, wenn durch moderne, gut ausgestattete Hotels, Pensionen und Sanatorien die Anziehungskraft Wiens als Fremdenstadt eine weitere Verstärkung erfährt.

Neue Gartenanlage in Ottakring. Vor dem neuen Strassenbahnhof Ottakring liegt zwischen diesem Bahnhof und der Wernhardtstrasse eine vollkommen ungenutzte wüste Fläche. Die Gemeinde Wien wird nun dort eine Gartenanlage schaffen. Das Stadtgarteninspektorat hat bereits einen Entwurf ausgearbeitet. Es wird dort neben dem Baumschmuck auch ein grösserer Sitzplatz und ein Rasenparterre geschaffen werden. Vorgesehen ist auch der Bau einer Bedürfnisanstalt, die mit Sträuchern verdeckt wird. Die Eingänge in diese neue Gartenanlage werden derart angelegt, dass für die Besucher durch den Strassenbahnverkehr keine Gefahr entsteht. Mit den Arbeiten wird das Stadtgarteninspektorat sofort beginnen.

Professor Dr. Mandyczewski Bürger der Stadt Wien. In der gestrigen vertraulichen Sitzung des Wiener Gemeinderat wurde auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter beschlossen, den Hefrat Professor Dr. Eusébius Mandyczewski in Würdigung der grossen Verdienste, die er sich auf dem Gebiet der Kunst, insbesondere um das Musikleben Oesterreichs und Wiens, erworben, anlässlich seines siebenzigsten Geburtstages zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Laufe dieser Woche werden folgende Strassen, die bis jetzt mit Gas beleuchtet wurden, elektrisch beleuchtet werden: In Margareten die Fendälgasse, Siebenbrunnengasse und Einsiedlergasse, in Favoriten die Gudrunstrasse, Herzgasse, Pernstorfergasse, in Hietzing die Diesterweggasse und in Fünfhaus die Wurzbachgasse, Lohrgasse und Palzgasse.

Neue Bedürfnisanstalten. Der Wiener Gemeinderat hat am Dienstag beschlossen zehn Bedürfnisanstalten zu errichten. Die Anlagen werden am Volkswehrplatz in der Leopoldstadt, bei der Schlachthausbrücke auf der Landstrasse, in der Augasse am Alsergrund, beim Hütteldorfer Friedhof, beim Baumgartner-Kasino, in der Zinnergasse in Simmering, auf dem Khleslplatz in Meidling, auf dem Schuhmeierplatz in Ottakring, in der Neuwaldeggerstrasse bei der Dequerstrasse und bei der Strassenbahnstation Gross Jedlersdorf geschaffen. Die Kosten betragen rund 65.000 Schilling. Dort wo diese Anlagen in das Parkschutzgebiet fallen, werden die Bauverbote aufgehoben.

Oesterreichische Gemeinde-Zeitung. Das Heft 15 vom 1. August enthält wieder eine Reihe nicht nur allein für den Kommunalpolitiker wichtige Aufsätze. Ueber die Heranbildung von Wohlfahrtspflegern schreibt Obermagistratsrat Dr. Karner, für die Gemeinden ist aus der Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshof viel interessantes Material zusammengetragen und besonders hervorzuheben ist eine Uebersicht über die Zahl der im Fürsorgedienst der Gemeinde Wien stehenden Frauen. Viele kleinere Notizen

kommunalen Fachleuten wichtige Fingerzeige für ihre Arbeit. Verwaltung und Redaktion der "Oesterreichischen Gemeinde-Zeitung" sind im Neuen Wiener Rathaus.

Wien, am Donnerstag, den 4. August 1927

Neue städtische Wohnhausbauten. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat wieder einige grössere Projekte von Wohnhausanlagen genehmigt. Schon in den nächsten Tagen wird mit dem Bau von vier Wohnhausgruppen begonnen werden, die zusammen 766 Wohnungen enthalten. Auf der Wieden, wo die Gemeinde infolge des Mangels an Bauflächen noch nicht bauen konnte, wird nun ein grösserer Wohnhausbau aufgeführt werden. Die Anlage wird am Wiedner-Gürtel, Ecke der Schelleingasse, errichtet. Die Baupläne haben die Architekten Josef Hahn und Karl Ernst entworfen. Die Baufläche ist 4722 Geviertmeter gross. Davon werden nur 2195 Geviertmeter verbaut, so dass 53,5 Prozent für Gartenhöfe verbleiben. Die Anlage umfasst 185 Wohnungen, von denen 65 drei Wohnräume enthalten. Das Gebäude wird auch einen Jugendhort, einen Kindergarten, Ateliers und Geschäftslokale beherbergen. Die Baukosten sind mit 2,9 Millionen Schilling veranschlagt. Die Gemeinde wird ferner "Am Wienerberg" in Favoriten und Meidling eine Wohnhausgruppe errichten, die nur zweigeschossige Verbauung aufweist. Geplant ist der Ausbau von neunzehn Blöcken. Genehmigt sind die Bauentwürfe für vier Blöcke; sie stammen von den Architekten Karl Krist und Robert Oerley. Das Baugelände wird von der Mossbruggergasse, Unteren Meidlingerstrasse und Triesterstrasse begrenzt. Vorläufig ist die Schaffung von 178 Wohnungen vorgesehen. Die Anlage wird eine Dampfwascherei und einige Geschäftslokale enthalten. Die Baukosten dürften sich auf 4,2 Millionen Schilling belaufen. Verbaut werden jetzt 4852 Geviertmeter. Ferner wird mit der Verbauung des vierten Teiles der grossen Wohnhausanlage in Meidling, Längenfeldgasse-Klährgasse-Arndtstrasse begonnen werden. Den Bauplan hat Architekt Professor Otto Prutscher entworfen. Der Baugrund ist 6505 Geviertmeter gross; verbaut werden nur 3145 Geviertmeter. Es verbleiben rund 52 Prozent des gesamten Baugrundes für Gartenhöfe. In acht Häusern werden 146 Wohnungen geschaffen. Auch ein Kinderhort und eine Zentralwascherei wird gebaut werden. Das Stadtbauamt berechnet die Baukosten mit rund zwei Millionen Schilling. Schliesslich wird noch in der Cumberlandstrasse in Hietzing nach den Plänen des Architekten M. Rosenauer ein 17.440 Geviertmeter grosser Block mit 257 Wohnungen verbaut. Hier werden nur 35,7 Prozent der Baufläche verbaut, nahezu 65 Prozent dienen für die Herstellung mehrerer gärtnerisch ausgestatteter Höfe. Der Architekt hat nicht weniger als zwanzig Stiegenhäuser vorgesehen. Die Baukosten werden auf 3,6 Millionen Schilling geschätzt.

-.-.-.-.-

Amerikanische Intellektuelle im Wiener Rathaus. Bürgermeister Seitz hat heute im Rathaus die auf einer Studienreise befindlichen hundert Mitglieder des amerikanischen Seminars des Dr. Sherwood Eddy empfangen. Die Reisegesellschaft besteht aus leitenden Persönlichkeiten des geistigen Amerika, Universitätspräsidenten, Professoren, Schriftstellern u.s.w. An dem Empfang nahmen auch die amtsführenden Stadträte und die leitenden Beamten des Magistrates teil. Der Bürgermeister begrüsst die amerikanischen Gäste namens der Stadt Wien herzlichst. Er sagte, es sei kein Zufall, dass sie auf ihrer Studienreise auch Wien besuchen. Wien war immer ob seiner alten Kultur, seiner Wissenschaft und Kunst ein Anziehungspunkt für Intellektuelle. War es doch bis vor wenigen Jahren der Mittelpunkt eines grossen Reiches von acht Nationen, deren Rassenmischung eine gesunde und fortschrittsfördernde war. Dass Sie auf einer grossen Studienreise unsere Stadt der Beachtung und des Studiums würdig befunden haben, ehrt uns. Wir haben uns bemüht diese Stadt nach dem Elend des Krieges wiederherzustellen. Wir Wiener sind kein kriege-

risches Volk. Wien hat das grosse Unglück gehabt, dass von dieser Stadt der Weltkrieg ausgegangen ist. Aber unser Volk hat nie den Krieg gewollt! Es war ein Unglück, das uns betroffen hat. So wie das ein Unglück war, was uns vor ganz kurzer Zeit heimgesucht hat. Ich möchte Ihnen als Bürgermeister danken, dass Sie trotz der beunruhigenden Nachrichten nach Wien gekommen sind, dass Sie an diese Nachrichten nicht geglaubt haben. Es gibt eine gewisse Presse in allen Ländern - auch bei uns - die man liest, der man auch hie und da glaubt, aber immer nur dann, wenn über ein Gebiet berichtet wird, auf dem man nicht bewandert ist. Der Kenner allerdings lächelt über sie. Dass Sie dieser Presse, die ein Unglück zu einer ungeheuren Katastrophe aufgebauscht hat, nicht geglaubt und dass Sie den Mut gehabt haben, nach Wien zu kommen, dafür danke ich Ihnen vom ganzen Herzen. Sie werden sich überzeugen, dass die Wiener Bevölkerung im Grunde ihres Wesens ruhig und friedlich ist. Wir haben hier eine Revolution erlebt, wir haben eine Dynastie von sechshundert Jahren gestürzt und die Herrschaft des Volkes aufgerichtet - alles ohne Blutvergiessen. Ich will nicht so geschmacklos sein und hier unsere innerpolitischen Angelegenheiten erörtern. Man hat vor allem die Schuldfrage aufgeworfen. Die einen sagen, die Behörden sind schuld, die anderen sagen, das Volk. Die ersten meinen, der Landeshauptmann als Bürgermeister ist schuld, weil er nicht schiessen lassen wollte, die anderen sagen der Polizeidirektor und die Regierung. Aber solche Auseinandersetzungen vor Fremden wären verfehlt. Richtig ist, dass es uns gelungen ist, in kaum 24 Stunden die Bevölkerung wieder zu beruhigen, nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern mit dem Appell an die Vernunft.

So freut es uns, dass Sie in Wien eine vollkommen friedliche Stadt der Kultur und der Wissenschaft sehen. Diese Stadt wird insbesondere die Freunde geistiger Arbeit immer willkommen heissen.

Die Rede des Bürgermeisters wurde von Präsident Dr. Vetter ins englische übersetzt. Die Gäste nahmen die Übersetzung mit lebhafter Zustimmung auf.

Dem Bürgermeister erwiderte dann Professor J. Stitt Wilson (New York), der für den freundlichen Empfang dankte und erklärte, dass die Teilnehmer an der Studienreise in Wien vieles gesehen hätten, was auch Amerika als Lehre dienen könne. Im ähnlichen Sinne sprach auch Professor Knower Cooper (Washington).

-.-.-.-.-

Starker Besuch in den städtischen Strandbädern. Die grosse Hitze hat den städtischen Sommerbädern einen wahren Massenbesuch gebracht. Insbesondere das Gänsehäufel erreichte einen Rekordbesuch. Am heissesten Tag in dieser Woche - es war der Dienstag - hatte dieses Bad 8025 Gäste, eine Zahl die seit Jahren an einem Wochentag nicht erreicht wurde. An diesem Tag waren alle städtischen Sommerbäder von zusammen 23.396 Personen besucht, während am Sonntag vorher nur 21.845 Besucher gezählt wurden. Auch am Mittwoch zählte man am Gänsehäufel noch 7119 Gäste, während die Gesamtbesuchszahl aller Sommerbäder der Gemeinde Wien 20.856 war. Nach dem Gänsehäufel erfreut sich das erst im Vorjahre eröffnete Ottakringer Schwimm-, Sonnen- und Luftbad des stärksten Besuches. Es wurde am Sonntag von 2757, am Montag von 3573, am Dienstag von 4237 und am Mittwoch von 3317 Personen besucht. Auch das neue Schwimmbad auf der Hohen Warte hatte einen Massenbesuch aufzuweisen.

-.-.-.-.-

Wien, am Freitag, den 5. August 1927

.....
Jubilare der Ehe. Im Auftrag des Bürgermeisters wurde am Donnerstag dem Ehepaare Johann und Therese Tins, II. Negerlegasse 4, anlässlich der Goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien überreicht.

.....
Düsseldorfer Fachschüler im Wiener Rathaus. Heute vormittags wurden die auf einer Studienreise befindlichen Schüler der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf im Rathaus empfangen. Die reichsdeutschen Gäste versammelten sich im Sitzungssaal des Stadtsenats, wo in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Emmerling eine Begrüßungsansprache hielt, in der er auf die Entwicklung Wiens seit Kriegsende verwies, die Gäste ersuchte, möglichst viele städtische Einrichtungen zu besichtigen und die Verbundenheit Oesterreichs mit dem Deutschen Reich hervorhob. Für den Empfang dankte namens der Besucher Dr. Schlünz, worauf unter sachkundiger Führung das Rathaus und die städtischen Sammlungen besichtigt wurden. Die Gäste bleiben bis Montag in Wien. Sie werden die Fortbildungsschulen, Lehrlingsheime, städtischen Wohnhausbauten, Siedlungen, Unternehmungen und Wohlfahrtseinrichtungen besichtigen.

.....
Fünf neue städtische Schulwerkstätten. Die Gemeindeverwaltung wird im kommenden Schuljahr abermals einige Schulwerkstätten einrichten. Die allgemeine Einführung des Werkstättenunterrichtes für Knaben bedeutet eine wesentliche Förderung des Arbeitsschulgedankens und ist ein Teil der Schulreform. In den vierten Bürgerschulklassen ist bereits der Werkstättenunterricht als obligatorischer Lehrgegenstand in den Lehrplan aufgenommen worden. Die an den Mädchenbürgerschulen und an Volksschulen für Knaben und Mädchen bestehenden Werkstätten verdanken ihre Entstehung meist den Elternvereinen. Mit Beginn des neuen Schuljahres werden nun an den Knaben-Mittelschulen auf der Landstrasse, Dietrichgasse, in Hernals, Lienfeldergasse und in Floridsdorf, Deublergasse, sowie an den Knaben-Bürgerschulen in der Leopoldstadt, Sterneckplatz und am Alsergrund, Glasergasse, Werkstätten eröffnet werden.

.....
Ein neues Laboratorium im Krankenhaus der Stadt Wien. In der nächsten Zeit wird die Gemeinde für die im Krankenhaus in Lainz untergebrachte Ohrenabteilung ein Laboratorium errichten, das in einem zu schaffenden Zubau untergebracht werden wird. Auf der Ohrenabteilung werden seit Jahren histologische und bakteriologische Arbeiten grösseren Umfangs durchgeführt. Infolge der beschränkten Raumverhältnisse ist es aber unmöglich, den stark anwachsenden wissenschaftlichen, auch im Interesse der Kranken gelegenen Anforderungen nachzukommen. Diesem Uebelstand wird nun durch den Laboratoriumszubau abgeholfen werden. Die Kosten dieses Baues betragen 16.000 Schilling.

.....
Zwei neue Kinderfreibäder eröffnet! Seit einigen Tagen sind die beiden neuen städtischen Kinderfreibäder im Augarten und am Lorenz Bayerplatz in Hernals in Betrieb. Die beiden prächtigen Anlagen erfreuen sich eines ganz besonders starken Besuches. Insbesondere das Bad im Augarten wird von so vielen Kindern aufgesucht, dass zeitweilig der Einlass gesperrt werden musste. In kürzester Zeit wird auch das grosse Kinderfreibad auf der Schmelz am Vogelweidplatz eröffnet werden. Heute Samstag wird die im städtischen Volksbad in Rudolfsheim, Heintzkegasse, geschaffene Einzelbrause-Abteilung der Benützung übergeben. Dieses Bad wird ebenfalls sehr stark besucht und erfüllt die neue, ziemlich umfangreiche Abteilung einen langgehegten Wunsch der Bevölkerung dieses Bezirksteiles.

Wien, am Freitag, den 5. August 1927. Zweite Ausgabe

Der Polizeibericht im gemeinderätlichen Untersuchungsausschuss. Die vom Gemeinderat eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vom 15. Juli hielt heute wieder eine Sitzung ab. In dieser wurde ein umfangreicher Bericht der Polizeidirektion über die Ereignisse vorgelegt. Sodann wurde der Fragenkomplex bestimmt, mit dem sich die Kommission in den nächsten Sitzungen beschäftigen wird. Die Kommission wird in der nächsten Woche vom Dienstag, den 9. August an, täglich Sitzungen abhalten.

Die Gemeindefürsorge und die Gemeindefürsorge. Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. Juli

1927 hat der Bürgermeister heute folgende Durchführungserlasse betreffend die Auflösung der Gemeindefürsorge und die Aufstellung der zur Besorgung des Wachdienstes in den städtischen Ämtern, Anstalten und Betrieben bestimmten Gemeindefürsorge an die Magistratsdirektion gerichtet:

Erster Erlass: Mit Gemeinderatsbeschluss vom 30. Juli 1927 wurde die Verfügung des Bürgermeisters nach Paragraph 96 der Gemeindeverfassung, betreffend die Errichtung einer Gemeindefürsorge genehmigt. Zugleich wurden Ergänzungen und Abänderungen dieser Verfügung beschlossen. Auf Grund der dem Bürgermeister durch diese Beschlüsse erteilten Ermächtigung verfüge ich hiemit die Auflösung der nach Paragraph 96 der Gemeindeverfassung für die Tage der Gefahr errichteten Gemeindefürsorge. Das Dienstverhältnis der Angehörigen der Gemeindefürsorge hat spätestens mit 18. August 1927 zu enden. Die Ausscheidung aus dem Dienst erfolgt längstens mit diesem Tage.

Zweiter Erlass: In Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. Juli 1927 ordne ich folgendes an: I. Nach dem Gemeinderatsbeschluss ist eine Gemeindefürsorge aufzustellen. Ihre Aufgabe ist der erforderliche Wach- und Ordnungsdienst in den städtischen Ämtern, Anstalten, Betrieben und Unternehmungen, insbesondere in den Gartenanlagen, Friedhöfen, Markthallen, Märkten und Schlachthäusern, dann auf den städtischen Bauten, den städtischen Grundstücken, jedoch mit Ausnahme der Strassen, Gassen und Plätze, und in den städtischen Forsten innerhalb des Wiener Gemeindegebietes. Ferner kann sie zu Erhebungsdiensten und zur Überwachung der Einhaltung der landesgesetzlichen Vorschriften betreffend die Kinos und eventuell anderer von nun an erlassener Landesgesetzlicher Vorschriften verwendet werden. Im übrigen bleiben die Aufgaben der Bundespolizei unberührt, insbesondere obliegt der Gemeindefürsorge auch nicht mehr die seinerzeit der Gemeindefürsorge zugewiesene Aufgabe, für Ruhe und Ordnung in den Strassen zu sorgen. II. Die Wache gliedert sich in folgende Abteilungen: Erstens die Marktwache, die in Unterstützung des Dienstes der Marktaufsichtsorgane für den Ordnungs- und Wachdienst auf den Märkten und in den Markthallen zu dienen hat, zweitens die Amtswache, die den Ordnungsdienst in den Ämtern mit starkem Parteienverkehr, insbesondere in den Fürsorgeinstituten, im Wohnungsamt, bei den Arbeitslosenauszahlungen, im Invalidenamt und im Obdachlosenheim zu besorgen hat, drittens die Betriebswache und zwar für die a) Gaswerke, b) Elektrizitätswerke, c) Wasserleitung, d) städtischen Bäder, e) Friedhöfe, Gartenanlagen und sonstigen städtischen Einrichtungen der im Punkt I bezeichneten Art, soweit sie im Punkt II nicht bereits aufgezählt sind.

Die Anzahl der jeder Abteilung zuzuweisenden bestimmt im Einvernehmen mit dem Chef der Wache die Magistratsdirektion. Diese Zahl ist, um für Krankheiten und sonstige Dienstesverhinderungen vorzusorgen, um zehn Prozent höher zu halten, als der tatsächliche Bedarf. Die Gesamtzahl aller Wacheangehörigen, die auf das geringste zu beschränkt ist, darf keinesfalls den vom Gemeinderat mit eintausend Mann bestimmten Höchststand übersteigen. Im Bedarfsfall kann eine Verschiebung zwischen den einzelnen Abteilungen stattfinden.

III. Um die Aufnahme in die Gemeindefürsorge kann sich jeder österreichische Bundesbürger im Alter zwischen 22 und 36 Jahren, der unbescholten ist und die nötige physische Eignung und Bildung besitzt, bewerben. Über die Anstellung entscheidet der Bürgermeister. Die Anträge stellt der Personalreferent im Einvernehmen mit dem Magistratsdirektor und dem Chef der Wache.

IV. Das Kommando über alle Abteilungen der Wache obliegt dem Chef der Wache. Mit dieser Funktion wird der Branddirektor betraut.

V. Falls die Angehörigen der Gemeindefürsorge in Erfüllung ihrer oben bezeichneten Aufgaben Personen anhalten müssen, so haben sie sie sofort dem nächsten Sicherheitswachbeamten oder, falls ein solcher nicht in der Nähe ist, dem nächsten Wachstube zu übergeben, wobei dem übernehmenden Sicherheitswachorgan der Tatbestand, der der Anhaltung zu Grunde lag, mitzuteilen ist.

VI. Das nähere, insbesondere über die Angelobung, die Schulung, die Ahndung von Pflichtverletzungen, wird durch die Organisationsvorschrift bestimmt werden.

Wien, am Freitag, den 5. August 1927. D r i t t e Ausgabe

Protest des Bürgermeisters gegen den Einspruch des liquidierenden Militärkontrollkommission. Bürgermeister Seitz hat heute in Beantwortung eines Schreibens des Bundeskanzlers vom 30. Juli, worin auf den Einspruch des liquidierenden Organes des interalliierten Militärüberwachungsausschusses verwiesen wird, an den Bundeskanzler folgende Antwort gerichtet:

Herr Bundeskanzler haben mir mitgeteilt, dass das liquidierende Organ der interalliierten Militär-Kontrollkommission gegen die Aufstellung der Gemeinde-Schutzwache Einspruch erhoben habe. Ich stelle zunächst fest, dass sich dieser Einspruch mit Unrecht auf den Artikel 123 des Staatsvertrages von Saint Germain stützt. Dieser Artikel gibt den alliierten und assoziierten Mächten nur das Recht, eine Ueberschreitung der in ihm festgesetzten Gesamtzahl der Sicherheitsorgane anzufechten. Ob aber diese Sicherheitsorgane Gemeinde- oder Bundespolizeiorgane sind, ist eine innere Angelegenheit der Republik Oesterreich; darauf steht auch nach dem Staatsvertrag den Mächten kein Einfluss zu. Wenn also das liquidierende Organ in seiner Note die Auflösung der Gemeinde-Schutzwache verlangt, so ist das unzweifelhaft eine Ueberschreitung seiner Befugnisse. Es kann nur im vorgeschriebenen Weg veranlassen, dass der Botschafterkonferenz der Antrag unterbreitet wird, zu verlangen, dass die Gesamtzahl der Sicherheitsorgane der Gemeinde und des Bundes zusammen das im Artikel 123 des Staatsvertrages von St. Germain festgesetzte Maximum nicht überschreite, aber es ist nicht Sache des Liquidierungsorganes darauf Einfluss zu nehmen, wie sich diese Zahl auf die Gemeinde- und auf die Bundesorgane verteilt. Nach den geltenden Gesetzen steht das primäre Recht zur Ausübung der Lokalpolizei in Wien der Gemeinde zu. Nur soweit die Gemeinde von diesem Recht nicht Gebrauch macht, reicht der Wirkungskreis der Bundespolizei. Wenn also die Gesamtzahl der Sicherheitsorgane der Gemeinde und des Bundes zusammen das zulässige Mass überschritte, so wäre es Sache des Bundes, die Zahl seiner Organe auf das zulässige Mass zu reduzieren.

Ich erwarte daher, dass die Bundesregierung gegen die im Staatsvertrag von St. Germain nicht begründete Einnengung des Liquidierungsorganes in innere Angelegenheiten der Republik Einspruch erheben und den alliierten und assoziierten Mächten gegenüber das Recht der Republik wahren wird, selbst zu entscheiden, in welchem Verhältnis die nach dem Staatsvertrage zulässige Gesamtzahl von Sicherheitsorganen auf den Bund und auf die Gemeinden zu verteilen ist.

Im gegebenen Falle wird allerdings der Einspruch des Liquidierungsorganes schon durch den Erlass, den ich auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. Juli 1927 gebe, gegenstandslos werden. Ich habe heute an die Magistratsdirektion einen Erlass gerichtet, durch den die für die Tage der Gefahr aufgestellte Gemeinde-Schutzwache aufgelöst wird. Eine Abschrift dieses Erlasses lege ich bei. Durch die Auflösung der Gemeinde-Schutzwache ist praktisch dem Verlangen des Liquidierungsorganes unbeschadet unserer Rechtsauffassung Rechnung getragen. Ich glaube also, mit diesem Erlass Ihrem an mich gerichteten Ersuchen, alles vorzukehren, dass aussenpolitische Komplikationen vermieden werden, entsprochen zu haben.

Selbstverständlich hatte ich zugleich zu erwägen, in welcher Weise ich den zweiten Teil des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. Juli 1927 durchzuführen habe, der die Bildung einer ausschliesslich für den Ordnung und Wachdienst in den städtischen Aemtern, Anstalten und Betrieben bestimmten Gemeindewache verfügt. Zu diesem Behufe habe ich den beiliegenden zweiten Erlass ausgegeben, der Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wie ich hoffe, überzeugen wird, dass es sich hier um die Aufstellung eines Wachkörpers handelt, der überhaupt nicht unter die Bestimmungen des Artikels 123 des Staatsvertrages von St. Germain fallen kann.

Wien, am Samstag, den 6. August 1927

Heute Sonntag Festbeleuchtung des Leuchtbrunnens. Der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz wird heute von halb neun bis halb zehn Uhr abends seine farbigen Wasserkünste zeigen. Nur bei ausgesprochenem Regenwetter unterbleibt die Beleuchtung.

Vorübergehende Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Wegen dringender Arbeiten in der Radetzkystrasse wird der Bahnhofrundverkehr der Strassenbahn in der Nacht vom Dienstag bis einschliesslich Donnerstag vom Praterstern über die Praterstrasse, Aspernbrücke, Stubenring, Wollzeile, Invalidenstrasse abgelenkt. Die Ablenkung erstreckt sich auf beide Fahrtrichtungen.

Absperrung der Salztorbrücke. Wegen Ausbesserung des Pflasters auf der Salztorbrücke muss die Fahrbahn am Montag von zehn Uhr abends an für den Fuhrwerkverkehr gesperrt werden. Die Absperrung dauert 2½ Stunden. Der Fussgängerverkehr auf den Gehwegen bleibt aufrecht.

Grosse Bestellungen durch die Gemeinde Wien. So wie in den vorhergehenden Monaten hat die Gemeindeverwaltung auch im Juli sehr bedeutende Arbeitsaufträge an Gewerbe und Industrie vergeben. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat im Juli für nicht weniger als rund zehn Millionen Schilling Aufträge erteilt, wodurch einer Reihe von Unternehmungen und Gewerbetreibenden die erwünschte Beschäftigung gesichert und viele Arbeitslose eingestellt wurden. Insbesondere die grossen Bestellungen für die städtischen Wohnhausbauten haben wesentlich zur Linderung der Arbeitslosigkeit beigetragen. So wurde ein Auftrag auf Lieferung von 3200 Tonnen Rundeisen erteilt, 470.000 Stück Ziegel bestellt, der Maschinenindustrie durch die Bestellung der Einrichtungen für die Zentralwaschküchen ausreichende Beschäftigung geboten, die Lieferung von 20.000 Quadratmetern Brettelböden und vor allem sehr umfangreiche Erd- und Baumeisterarbeiten vergeben. Sehr bedeutende Lieferungen erhielten das Schlosser-, Spengler-, Elektriker-, Installateur- und Glasergerber. Die Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung ist ebenfalls mit sehr erheblichen Arbeitsaufträgen für die Elektrotechnische Industrie verbunden. Infolge der Ausgestaltung der Anlagen im städtischen Reservagarten ergab sich für eine Reihe von Gewerben ziemlich umfangreiche Arbeitsmöglichkeit. Ausser diesen Arbeitsaufträgen des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten, hat aber auch noch der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen grosse Bestellungen an Industrie und Gewerbe vergeben.

Spende für die Wiener Armen. In der Gemeinderatssitzung vom Dienstag teilte Bürgermeister Seitz mit, dass Direktor Wilhelm Kux anlässlich des Ablebens seines Vaters für die Armen der Stadt Wien zweitausend Schilling spendet hat. Der Gemeinderat sprach dem Spender den Dank aus.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

281

Wien, am Montag, den 9. August 1927

Starker Besuch in den städtischen Bädern. Die grosse Hitze hat den städtischen Sommerbädern einen wahren Massenbesuch gebracht. Insbesondere gestern hatten alle städtischen Sommerbäder einen Rekordbesuch zu verzeichnen. Das Gänsehäufel hatte 13.150 Badegäste, das Strandbad Alte Donau 6200, die Kuchelau 6100. Das städtische Sommerbad Ottakring wurde von 4400 Badegästen besucht, das Krapfenwaldlbach von 2300 und das neuerrichtete Sommerbad auf der Hohen Warte hatte den Besuch von 2200 Badegästen zu verzeichnen. Insgesamt wurden die städtischen Bäder gestern von 54.200 Badegästen besucht.

Ueberprüfung der elektrischen Steigleitungen in Wohnhäusern. In letzter Zeit wurde beobachtet, dass sich in den Wiener Wohnhäusern immer häufiger elektrische Steigleitungen schlecht erweisen. Sie sind entweder zu schwach dimensioniert und deshalb überlastet oder weisen infolge Alters- oder als Kriegesprodukt eine mangelhafte Isolation auf, weshalb die Wiener städtischen Elektrizitätswerke die Steigleitungen in allen Wiener Häusern nach und nach überprüfen müssen. Es ist nun jedenfalls sehr unangenehm, wenn sich anlässlich einer solchen Überprüfung die Notwendigkeit ergibt, die Leitungen reparieren zu müssen, nach dem das Stiegenhaus erst vor Kurzem und vielleicht auch mit erheblichen Kosten renoviert wurde. Naturgemäss ist es vorteilhafter, gleichzeitig mit der Renovierung des Stiegenhauses auch die elektrische Steigleitung, wenn sie schadhaft ist, instandsetzen zu lassen. Es ist deshalb zweckmässig, vor Durchführung von Renovierungsarbeiten die Steigleitungen durch die Wiener städtischen Elektrizitätswerke kostenlos überprüfen zu lassen. Dadurch wird nicht nur ein ungestörter Strombezug gesichert, sondern auch Kosten und Unannehmlichkeiten vermieden.

Weitere vierundzwanzig Kilometer Strassenbeleuchtung. Für das Jahr 1927 ist ein sehr umfangreiches Programm der Elektrifizierung der Wiener Strassenbeleuchtung aufgestellt worden. Die vom Bürgermeister getroffene Anordnung, dass zur möglich wirksamsten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle im Budget vorgesehenen Investitionen mit grösster Beschleunigung durchzuführen sind, hat das Ergebnis gebracht, dass schon in den nächsten Wochen alle in Aussicht genommenen Strassenzüge tatsächlich elektrifiziert sein werden. Nicht weniger als 179 Strassen und Gassen sind in diesen Monaten mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet worden. Um keine Unterbrechung eintreten zu lassen und die in Betracht kommenden Industrien nach wie vor beschäftigen zu können, ist nunmehr ein Zusatzprogramm ausgearbeitet worden. Es umfasst die Elektrifizierung der Beleuchtung von 64 Strassen in allen Wiener Bezirken. Die Strassen haben eine Länge von rund 24 Kilometer. Zu den heuer bereits aufgewandeten zwei Millionen Schilling kommen noch fünfhunderttausend Schilling hinzu. Schon in wenigen Jahren werden bei Beibehaltung des bisherigen Tempos die Gassen mit Gasbeleuchtung zu den Seltenheiten gehören.

Wien, am Mittwoch, den 10. August 1927

Wiederaufnahme des Strassenbahnverkehrs in der Museumstrasse und auf dem Schwarlingplatz. Morgen Donnerstag wird der Strassenbahnverkehr in der Museumstrasse wieder aufgenommen und die Verkehrseinschränkungen, beziehungsweise Ablenkungen der Linien 2, 32, 42 und 42 aufgehoben. Die Linie 2 wird von morgen an nicht mehr über die Gleisschleife auf den Börseplatz, sondern über die Gleisschleife Kolingasse-Messgasse-Schottenring-Schottengasse wie die Züge der Linien 37, 38, 39 und 41 geführt. Die Linie 42 wird von morgen an nicht mehr in der Endstelle in der Hintern Zollamtsstrasse umkehren, sondern wird über die Gleisschleife Matthäusgasse-Kolonitzgasse geführt. Ab Samstag, den 13. dieses Monats, werden die Züge der Linie 46 wieder über den Schwarlingplatz zur Bellariastrasse geführt.

Der gemeinderätliche Untersuchungsausschuss. Die vom Gemeinderat eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Ereignisse des 15. Juli hielt heute wieder eine mehrstündige Sitzung ab, in der zunächst Gemeinderat Reismann eine Darstellung seiner Wahrnehmungen in den ersten Vormittagsstunden des 15. Juli auf der Ringstrasse gab. Sodann wurde eine Reihe schriftlicher Mitteilungen von Augenzeugen zur Kenntnis gebracht. Im Verlaufe der Sitzung stellten die Ausschussmitglieder Stadtrat Hummelhardt und Gemeinderat Dr. Kolassa folgenden Antrag: "Mit Rücksicht darauf, dass bis jetzt nur immer sozialdemokratische Funktionäre als Zeugen ausgesagt haben, die übrigen zwei Zeugen als Sicherheitswachbeamte mit Rücksicht auf ihre Amtsverschwiegenheit die Aussagen verweigerten, die vorliegenden protokollierten Aussagen als vom sozialdemokratischen Parteisekretariate aufgenommen einseitigen parteipolitischen Charakter tragen und alle diese Aussagen vielfach im Widerspruche mit dem vorliegenden offiziellen Polizeiberichte stehen und da ferner nicht zu erwarten steht, dass der Ausschuss mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln seine Aufgabe lösen kann, namentlich auch im Hinblick darauf, dass der Ausschuss nicht in der Lage ist Zeugen zum Erscheinen vor dem Ausschuss zu zwingen, die Zeugen unter Zwang zu stellen und sie bei eventueller falscher Zeugenaussage zur Verantwortung zu ziehen, beantrage ich die sofortige Einstellung der ohne Aussicht auf Erfolg nach erfolglosen und unfruchtbaren Tätigkeit des Ausschusses. Er überlässt es vielmehr mit Beruhigung den zuständigen Gerichten, Licht und Wahrheit über die Vorfälle am 15. Juli 1927 und den darauffolgenden Tagen der Öffentlichkeit zu geben". Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Die Kommission beschloss wie in den letzten Sitzungen, eine Reihe von Fragen an die Polizeidirektion zur Ergänzung ihres Berichtes zu stellen.

Verbot der Abgabe von Benzin aus beweglichen Behältern an Kunden auf der Strasse. Auf Grund der Paragraphen 80 und 114 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien vom 10. November 1920, Landesgesetzblatt für Wien Nummer 1, hat der Wiener Magistrat am 3. August folgende Kundmachung erlassen: Die Abgabe (das Abfüllen) von flüssigen Brennstoffen wie Benzin, Benzol und anderen der Mineralölen der ersten Klasse gleichhaltenden

Ablenkung des Bahnhofsvorplatzverkehrs. In der Nacht vom 11. auf den 12. August dieses Jahres wird der Bahnhofsvorplatzverkehr wegen Arbeiten auf dem Margareten-Gürtel vom Mariahilfer-Gürtel über Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtstorfstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Stoffen, die zum Betriebe von Explosionsmotoren geeignet sind, aus beweglichen Behältern, insbesondere aus Fahrzeugen, die zur Abgabe abgemessener Mengen von flüssigen Brennstoffen mit besonderen Abfüllvorrichtungen versehen sind, (Fahrbare Zapfstellen), an Kunden auf öffentlichen Verkehrsflächen im Wiener Gemeindegebiete ist verboten. Uebertretungen der Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder Arreststrafen bis zu vierzehn Tagen geahndet. Diese Verordnung tritt mit ihrer Kundmachung in Kraft.

Die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 31. Mai 1927 beschlossen, den Inhabern von Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien, die ihre Obligationen vor dem 1. November 1918 (für die Inhaber der Lebensmittelanleihe vom Jahre 1918 gilt als Stichtag der 15. Dezember 1918) erworben haben, österreichische Bundesbürger sind, im Bundesgebiet ihren Wohnsitz haben und ein Maximaleinkommen von 3600 Schilling pro Jahr nachweisen können, einen Zuschuss zu den Zinsen zu gewähren. Der Anmeldetermin für diese Aktion schliesst unwiderruflich am 31. August 1927. Anmeldeformulare werden kostenlos von der Magistratsabteilung 4, Wien I., Neues Rathaus, von allen magistratischen Bezirksämtern und vom Verband der Sparer und Kleinrentner Österreichs, Wien I., Hofburg, Schweizerhof II, Stock Tür 7, ausgegeben.

Weitere 24 Kilometer elektrische Strassenbeleuchtung. Wie bereits gemeldet wurde, werden im Anschluss an das sehr umfangreiche Programm der Elektrifizierung der Wiener Strassenbeleuchtung weitere 64 Strassen in allen Wiener Bezirken mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet. Zur Elektrifizierung sind folgende Strassenzüge bestimmt: In der Inneren Stadt Mahlergasse, Singerstrasse, Grünangergasse, Blutgasse, Dompasse, Kumpfgasse, Börsendorferstrasse, Dumbachgasse, Canovagasse, in der Leopoldstadt die Zirkusgasse und Südportalstrasse, auf der Landstrasse die Baumgasse, auf der Wieden die Weyringerstrasse und Koschitzkygasse, in Margareten die Ansengrubergasse und Spengergasse, in Mariahilf die Liniongasse, Garbergasse und Worellistrasse, am Neubau die Seidengasse und Bandgasse, in der Josefstadt die Schmidgasse, Buchfeldgasse Maria Trogasse und der Piarsienplatz, auf dem Alsergrund die Türkenstrasse und Hörlgasse, in Favoriten die Herndl-gasse, die Lauerstrasse, die Kudlichgasse und Abbsberggasse, in Simmering die Krausegasse und der noch nicht elektrifizierte Teil der Kopalgasse, in Meidling die Marx Meidlingerstrasse, die Eichenstrasse und die Seitenallee der Grünbergstrasse, in Hietzing die Pensingerstrasse, Hummelgasse Wolkersbergenstrasse und die Waldvogelstrasse, in Rudolfsheim die Arnstalgasse, Meinhartsdorfergasse und Herklotzgasse, in Fünfhaus der weitere Teil der Herklotzgasse und die Zinkgasse, in Ottakring die Wurkitzergasse und Heindlgasse, in Hernals die Steingasse und Haslingergasse, in Währing die Semperstrasse, die Exnergasse, der Weg beim Währinger Friedhof und der Weg bei der verlängerten Herbeckstrasse, in Döbling die Himmelstrasse und Feilergasse, in der Brigittenau die Leipzigerstrasse und Rapfaelgasse und in Floridsdorf der noch nicht elektrifizierte Teil der Donaufelderstrasse, die Kallergasse, die Füllengasse, die Steigenteschgasse, die Freytaggasse, die Franklinstrasse und schliesslich die Priesnitzgasse.

Wien, am Donnerstag, den 11. August 1927.

.....
Die Quellschutzbauten im grossen Höllental. Im Interesse der Sicherung des Quelleneinwugsgebietes hat die Gemeinde Wien im abgelaufenen Jahre im grossen Höllental umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt. Diese Arbeiten bestanden in der Hauptsache in einem Betongerinne, das berufen ist, die auf den Talboden auffallenden Niederschlagswässer zusammen und geschlossen so in die Schwarza abzuführen, dass ein Einsickern dieser verschmutzten Oberflächenwässer in die tieferliegenden Quellen ausgeschlossen ist. Diese Arbeiten hatten am Donnerstag voriger Woche eine gewaltige Probe zu bestehen. Ueber das grosse Höllental ging ein fürchterlicher Wolkenbruch nieder. Gewaltige Wassermassen stürzten von den Felswänden und Schutthalden auf den Talboden nieder und vereinigten sich dort zu einem reissenden Giesbach, der riesige Steinmengen in Bewegung setzte und in der Richtung gegen das neue Betongerinne abführte. Die Steinmassen sind jedoch im obersten Teil des mit Drahtgitter abgefriedeten Quellengebietes abgelagert worden und die Betonrinne führte nur die Niederschlagswässer über das Quellengebiet hinweg, ohne dass der geringste Schaden an den Quellen selbst hervorgerufen und diese verunreinigt worden wären, wie die täglich zweimal entnommenen Wasserproben bewiesen haben. Seit Monaten ist im Quellengebiet auch eine Untersuchungsstation tätig, die unter der Leitung des Hygienikers der Wiener Universität, des Hofrates Professor Dr. Reichel, steht. Solche Elementarereignisse werden es notwendig machen, die so erfolgreich begonnenen Verbaubarbeiten noch weiter talaufwärts fortzusetzen.

.....
Vergrosserung des Zentralkinderheimes. Im Laufe des heurigen Jahres wird die städtische Kinderherberge am Tivoli aufgelassen werden. Der Betrieb ist dort nur in Baracken untergebracht, die noch aus der Kriegszeit stammen und am Ende ihrer Brauchbarkeit angelangt sind. Das war dafür bestimmend, dass die Gemeinde das Schloss Wilhelminenberg an kauft, dessen Umwandlung in ein Kinderheim der Vollendung entgegen geht. Da aber der Baulraum nicht voll ausreicht, sieht sich die Gemeinde veranlasst, im Zentralkinderheim in Gersthof eine neue Kleinkinderabteilung einzurichten. Mit den Instandsetzungsarbeiten wird demnächst begonnen werden. Die Kosten betragen 31.000 Schilling.

.....
Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz. Morgen, Freitag, wird der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz um ein Viertel zehn Uhr abends in Betrieb gesetzt. Die Beleuchtung dauert eine Stunde.

.....
Der gemeinderätliche Untersuchungsausschuss. Die vom Gemeinderat eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Ereignisse des 15. Juli hielt ^{heute} eine mehrstündige Sitzung ab, in der eine Reihe schriftlicher Aussagen über einzelne Ereignisse des 15. und 16. Juli zur Verlesung gebracht wurde. Die Kommission beschloss, eine Anzahl dieser Aussagen der Polizeidirektion zur Aeusserung zu übermitteln. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 17. August statt.

.....

Wien, am Freitag, den 12. August 1927

Montag-Werktagsfahrpreis auf der Strassenbahn und Stadtbahn, Montag, den 15. August 1927, (Feiertag) gilt auf den städtischen Strassenbahnen und auf der Wiener elektrischen Stadtbahn der Werktagsfahrpreis. Die Arbeitslosenfahrscheine, Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrscheine sind gültig. Die Wochenkarten und Rückfahrscheine können für die Rückfahrt schon von elf Uhr vormittags an benützt werden. Auf der Stadtbahn sind die Hunde wie an jedem Werktag von Betriebsbeginn bis neun Uhr und von 16 Uhr bis 18 Uhr von der Beförderung gänzlich ausgeschlossen.

Die Entwicklung der Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien. Im Rahmen des Wohlfahrtswesens nimmt die Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien einen sehr breiten Raum ein. Gegenüber den Verhältnissen im Jahre 1913 hat die städtische Tuberkulosefürsorge in den letzten Jahren eine bedeutende Ausgestaltung erfahren. Während im Jahre 1913 der Tuberkulosefürsorge nur drei Anstalten mit 475 Betten zur Verfügung standen, sind es im Jahre 1927 schon 13 un- Anstalten mit 1.115 Betten, die der Tuberkulosefürsorge dienen. Zu diesen 1115 Tuberkuloseheilstättenbetten kommen ausserdem noch 328 Betten im Krankenhause Lainz, 531 Betten im Versorgungsheim Lainz und 100 Betten in Baden. Ferner hat die Gemeinde Wien in fremden Tuberkuloseheilstätten 273 Betten gemietet. Die Gesamtsumme der verfügbaren Betten beträgt daher 2347 gegenüber 475 im Jahre 1913. Eine umfassende Ausgestaltung haben auch die städtischen Tuberkulosefürsorgestellen erfahren. Gegenwärtig sind neun solche Fürsorgestellen in den Dienst der Bekämpfung der Tuberkulose gestellt. Ebenso wie jede städtische Fürsorge erfolgt auch die Fürsorge in den Tuberkulosefürsorgestellen unentgeltlich. Die Zweckmässige Verteilung der von den Fürsorgestellen vorgeschlagenen Kranken in die verschiedenen Heilanstalten liegt ob- der Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige der Gemeinde Wien. Im vergangenen Jahr hat die Zentralaufnahmestelle nicht weniger als 15.084 Untersuchungen durchgeführt, wovon 1.107 an Männer, 6591 an Frauen und 7386 an Kinder vorgenommen wurden. Diese umfassende Bekämpfung der Tuberkulose durch die Gemeindeverwaltung erfordert gewaltige Mittel. Im Jahre 1923 hat die Gemeinde rund 17 Milliarden, in den Jahren 1924 und 1925 je rund 25 Milliarden für die Tuberkulosebekämpfung ausgegeben. Im Voranschlag für das Jahr 1926 sind 27 Milliarden und für das Jahr 1927 rund 32 Milliarden für die Tuberkulosefürsorge eingesetzt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

289

Wien, am Samstag, den 13. August 1927

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs der Strassenbahnen. Wegen Rekonstruktionsarbeiten im Zuge der Radetzkystrasse wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht vom Dienstag, den 16. dieses Monates, auf Mittwoch, den 17. dieses Monates, und von Mittwoch, den 17. dieses Monates, auf Donnerstag, den 18. dieses Monates, vom Praterstern über Praterstrasse-Aspernbrücke-Stubenring-Wollzeile-Invalidenstrasse abgelenkt. Die Ablenkung gilt für beide Verkehrsrichtungen.

Massenbesuch in den städtischen Kinderfreibädern. Die Gemeindeverwaltung hat mit der Schaffung der Kinderfreibäder einen ausserordentlich guten Erfolg erzielt. Ueberall, wo die Voraussetzungen gegeben sind, werden Kinderfreibäder errichtet, um die schulpflichtige Jugend dem verderblichen Einfluss der Strasse zu entziehen und zugleich gesundheitliche Fürsorge zu betreiben. Vor einigen Tagen wurde das Kinderfreibad im Augarten eröffnet, das das elfte städtische Kinderfreibad ist. Es erfreut sich eines derart starken Andranges, dass sogar eigene Aushilfen zur Bewältigung des Ansturmes der badelustigen Kinder eingestellt werden mussten. Insgesamt stehen derzeit elf städtische Kinderfreibäder im Betrieb, die an schönen Tagen einen Besuch bis zu 20.000 Kinder aufweisen. Das zwölfte Kinderfreibad, das auf dem Kongressplatz in Ottakring errichtet wird, ist noch im Bau. Die Arbeiten sind aber schon derart vorgeschritten, dass die Eröffnung dieses, des zwölften städtischen Kinderfreibades für anfangs September in Aussicht genommen ist.

Münchener Gäste im Rathaus. Der Freie Gewerkschaftsverband München veranstaltet eine Studienreise nach Oesterreich, an der sich 150 Mitglieder des Verbandes beteiligen. Die Gäste werden Montag vormittag das Wiener Rathaus besuchen und städtische Wohnhausbauten und die kommunalen Fürsorgeeinrichtungen besichtigen. Morgen wird eine Reisegesellschaft von 800 Arbeitern und Angestellten aus Brünn und eine zweite Reisegesellschaft von etwa 350 Arbeitern und Angestellten aus Hainburg das Wiener Rathaus besuchen. Auch diese Gäste besichtigen die städtischen Wohnhausbauten und die kommunalen Fürsorgeeinrichtungen. Die Gäste werden von Stadtrat Kokrda und Gemeinderat Reismann begrüsst werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

290

Wien, am Dienstag, den 16. August 1927

Begrüssungen im Rathaus Sonntag vormittag besuchte eine Reisegesellschaft von 800 Arbeitern und Angestellten aus Brünn, die eine Studienfahrt nach Wien unternommen hatten, das Rathaus. Sie wurden im Festsaal von Stadtrat Kokrda begrüßt, worauf Senator Professor Pollach (Brünn) in überaus warmen Worten für die Begrüssung dankte. Sodann besichtigten die Gäste das Rathaus. Sonntag mittags besuchte eine zweite Reisegesellschaft von 350 Arbeitern und Angestellten aus Hainburg das Rathaus. Sie wurden im Festsaal vom Gemeinderat Reismann begrüßt. Für die Gäste dankte Stadtrat Fitz (Hainburg) für den herzlichen Empfang. Montag vormittag erschienen im Rathaus 150 Handels- und Verkehrsarbeiter aus München im Rathaus. Sie wurden im Gemeinderatssitzungssaal von Gemeinderat Reismann empfangen. Für die Gäste dankte Reiseleiter Engel (München). Die Gäste besichtigten sodann das Rathaus und werden heute und die kommenden Tage die städtischen Wohnhausbauten und die kommunalen Fürsorgeeinrichtungen besuchen.

Starker Besuch der städtischen Schülerherberge. Die städtische Schülerherberge in der Leopoldstadt hatte vom 15. bis 21. August einen überaus starken Besuch. Sie wurde in dieser Zeit von nicht weniger als 350 Gästen aufgesucht. Die Gäste waren Mittelschüler, Austausch Kinder, Wandergruppen, Lehrlinge und Wirtschaftsschüler. Trotz des starken Besuches wickelte sich der Betrieb in der Schülerherberge klaglos ab.

23.078 Lebendgeburten in Wien im Vorjahr. Die Zahl der Lebendgeburten in Wien hat auch im Vorjahr abgenommen. Während im Jahr 1913 in Wien 37.632 Lebendgeburten zu verzeichnen waren, wies das Jahr 1925 die Zahl von 26.048 Lebendgeburten auf und das Vorjahr 23.078. Davon waren 11.991 Knaben und 11.078 Mädchen. Einen erfreulichen Rückgang hat im Vorjahr die Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen. Im Jahre 1913 starben im ersten Lebensjahr 5.833 Kinder. Diese Zahl sank im Jahr 1925 auf 2085 herab und ging im Vorjahr auf 1807 zurück.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

291

Wien, am Mittwoch, den 17. August 1927.

.....
Jubilare der Ehe. Am Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters Amtsrat Kantner den Ehepaaren Heinrich und Justina Harzopf, Adalbert und Elisabeth Hromádka, Leopold und Klara Marady und Simon und Betti Schwarzfärber anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Kopenhagener Stadtverordnete in Wien. Vor einigen Tagen hat eine Studienkommission der Kopenhagener Stadtverordneten unter Führung des Bürgermeisters Hedebol Wien besucht. Die Studienkommission, die mehrere Tage in Wien weilte, besuchte die städtischen Einrichtungen, die kommunalen Fürsorgeeinrichtungen, die Einrichtungen der Strassenbahn und der Stadtbahn und insbesondere die städtischen Wohnhausbauten. Sie wohnten auch einem Vortrag über die Schulreform im Wiener Stadtschulrat bei. Die Gäste äusserten sich in überaus befriedigender Weise über das Gesehene.

.....
Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten. Die Bezirksvertretung Favoriten hält Freitag, den 26. August, um vier Uhr nachmittags eine Planarsitzung ab.

.....
Die Gemeindegache bei Aufräumungsarbeiten. Am 16. August um zehn Uhr vormittag wurde der Feuerwehr ein Dachfeuer in Rudolfsheim, Belthofferplatz 9, angezeigt. Die an die Brandstelle alarmierte Hauptfeuerwache Ottakring fand das Dach eines Hoftraktes eines vierstöckigen Hauses in Flammen vor. Die Entstehungsursache konnte mit Sicherkeit nicht festgestellt werden. Das Feuer war erst entdeckt worden, als schon der Rauch durch die Dachbodenöffnungen nach aussen drang. Es wurden zwei Schlauchlinien von einer Kraftspritze aus über das Stiegenhaus gelegt und der Feuerwehr gelang es, das Feuer in etwa zehn Minuten zu löschen. Der am Brandplatz anwesende Branddirektor ordnete in seiner Eigenschaft als Chef der Gemeindegache an, dass die Aufräumungsarbeiten von einer Abteilung der neugeschaffenen Gemeindegache durchzuführen sind. In kürzester Zeit war eine Abteilung von fünfzehn Mann der Gemeindegache von ihrer nahegelegenen Unterkunftsstelle Schuhmeierplatz am Brandort eingetroffen. Dort wurde sie vom ausgedrückten Bereitschaftsoffizier eingeteilt und führte dann unter Anleitung der zurückgelassenen Brandwache die Abräumearbeiten in muster-gültiger Weise durch. Es war dies der erste Fall, wo die Gemeindegache neben ihrer Hauptaufgabe, der Verrichtung des Wachdienstes, die erhaltene Schulung auf allen Gebieten der Hilfeleistung mit vollem Erfolg in die Tat umsetzen konnte.

.....
Die Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien. Der Wiener Magistrat hat jetzt eine Broschüre über die Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien heraus gegeben. Die Broschüre ist reich illustriert. Sie enthält ausführliche Berichte über den Beginn und die Entwicklung der Tuberkulosefürsorge, über die Arbeit der Tuberkulosefürsorgestellen, über die Aufnahme in Heilstätten und über den Dienst der Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige der Gemeinde Wien. Eine Reihe von Statistiken zeigt die Entwicklung und den Erfolg der Tuberkulosefürsorge.

Wien, am Donnerstag, den 18. August 1927

Der gemeinderätliche Untersuchungsausschuss, die vom Gemeinderat eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Ereignisse des 15. Juli hat heute eine Sitzung abgehalten, in der drei Angehörige des Infanterieregimentes Nr. 3 ihre Wahrnehmungen mitteilten, die sie gelegentlich der Parlamentswache dieses Regimentes gemacht haben. Bundesrat Schabes ergänzte seine seinerzeitige Zeugenaussage.

Sodann brachte der Vorsitzende Landtagspräsident Dr. Danneberg folgendes Schreiben der Polizeidirektion zur Kenntnis: "Mit dem Schreiben vom 26. Juli 1927 wurde dem Polizeipräsidenten die Mitteilung gemacht, dass der Gemeinderat zur Untersuchung der Vorgänge des 15. Juli und der folgenden Tage eine Kommission eingesetzt hat, als deren Vorsitzender der Präsident des Wiener Landtages, Nationalrat und Gemeinderat Dr. Robert Danneberg fungiert. Auf Ersuchen des eben genannten Herrn Landtagspräsidenten hat der Polizeipräsident mit dem Schreiben vom 2. August 1927 eine auf den amtlichen Meldungen basierende umfassende Darstellung der Ereignisse vom 15., 16. und 17. Juli dem Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Robert Danneberg übermittelt. Mit dem Schreiben vom 5., vom 9., vom 10. und vom 12. August 1927 wurden der Polizeidirektion auf Grund der Beschlüsse der vom Gemeinderate eingesetzten Kommission verschiedene Fragen gestellt und mit dem Ersuchen um Äusserung Aussagen übermittelt, welche von verschiedenen, zum Teile namentlich nicht benannten Personen vor dem Untersuchungsausschusse gemacht wurden. Die Polizeidirektion im Zweifel, ob die in ihrer Eigenschaft als Bundespolizeibehörde, übrigens auch als die nach der Strafprozessordnung zur Durchführung der bezüglichen Vorhebungen verpflichtete Sicherheitsbehörde befugt sei, diese Fragen zu beantworten, welche zum Teile rein interne dienstliche Angelegenheiten betreffen, zum Teile sich auf Vorgänge beziehen, die Gegenstand der noch anhängigen strafgerichtlichen Untersuchung sind, hat diesfalls die Weisung des Bundeskanzleramtes als der ihr dienstlich vorgesetzten Zentralstelle eingeholt. Das Bundeskanzleramt hat nunmehr die Weisung erteilt, die Beantwortung dieser Requisitionen des gemeinderätlichen Ausschusses aus den oben angeführten Gründen abzulehnen. Hievon beehrt sich die Polizeidirektion mit dem Beifügen die Mitteilung zu machen, dass sie unabhängig davon alle ihr auf diesem Wege zur Kenntnis gelangten Behauptungen, Anwürfe und Beschwerden einer eingehenden und genauen Ueberprüfung unterziehen und nicht unterlassen wird, die nach dem Ergebnisse der Erhebungen allenfalls erforderlichen Verfügungen zu treffen. Nach Abschluss der Erhebungen wird die Polizeidirektion die gegen einzelne Organe der Polizeidirektion erhobenen Anschuldigungen der einzig und allein kompetenten Staatsanwaltschaft übermitteln, um im Wege einer gesetzlichen strafgerichtlichen Untersuchung das behauptete Verschulden der in Betracht kommenden Beamten klarzustellen. Um diese Erhebungen mit Erfolg durchführen zu können, wird um die geneigte Bekanntgabe insbesondere jener Personen ersucht, welche die mit dem geschätzten Schreiben vom 9. und vom 12. laufenden Monates übermittelten Angaben zur Kenntnis der Untersuchungskommission gebracht haben. Dr. Pamer".

Es hat sich bei den Anfragen der Kommission an die Polizeidirektion um eine Äusserung zu einer Reihe von Zeugenaussagen über Vorfälle des 15. und 16. Juli gehandelt. Ueberdies hatte die Kommission folgende Fragen an die Polizeidirektion gestellt: "1. Gibt es Polizeivorschriften für die Anwendung von Schiesswaffen bei der Säuberung der Strassen von Demonstranten? 2. Hat die Polizei am 15. Juli die für das Militär geltenden Assistenzvorschriften beobachtet? 3. In der Öffentlichkeit ist bekannt worden, dass aus Polizeiautos während der Fahrt auf

Passanten am 15. und 16. Juli geschossen worden ist. Die Polizeidirektion wird gebeten mitzuteilen, was sie darüber weiss. 4. Es wird ersucht mitzuteilen, was für Munition in den geplünderten Waffenhandlungen abhanden gekommen ist. 5. Ist der Polizeidirektion bekannt, dass es sich bei der Verfolgung von Demonstranten ereignet hat, dass Wachabteilungen gegeneinander geschossen haben und dass dadurch auch Verletzungen von Wachorganen vorgekommen sind. 6. Es wird ersucht mitzuteilen, worin die in dem Bericht erwähnten Vorkehrungen der Polizei für den 15. Juli bestanden haben; insbesondere wieviel Sicherheitswache zu Fuss bei Beginn der Demonstration auf der Ringstrasse bereitgestellt war. 7. Wie erklärt sich der Unterschied in den Angaben über die Zahl der verwundeten Sicherheitswachleute in dem Bericht der Polizeidirektion an die Kommission und in der letzten Nummer der "Öffentlichen Sicherheit"? Es wird ersucht eine Nummer dieses Organs anzuschliessen. 8. Ist es richtig, dass die Polizei am 15. Juli früh ausser der normalen Bereitschaft nur 67 Mann für die Ringstrasse zur Verfügung hatte? 9. Ist es richtig, dass die Munition an die Sicherheitswache vielfach nicht von berufenen Organen ausgegeben wurde, sondern sich Wachmannschaft auch selbst Munition nehmen konnte? 10. Sind die Abteilungen, die mit Gewehren ausgerückt, vorher darauf visitiert worden, dass sie keine Scheibenschussmunition mit haben. 11. Ist es richtig, dass durch ein Polizeiorgan Scheibenschussmunition nach dem 15. Juli in verschiedenen Wachstuben eingesammelt worden ist?"

Die Gemeinderäte Linder und Rausnitz erklärten, dass die Bundesregierung und die Polizeidirektion durch ihre Antwort, die überdies ohne Zustimmung des Landeshauptmannes erfolgt ist, eine Untersuchung durch die Wiener Volksvertretung unmöglich machen wollen, worüber man im Gemeinderate das Nötige sagen werde.

Dagegen erklärten Stadtrat Rummelhardt und Gemeinderat Kolassa, dass der Standpunkt der Regierung und der Polizeidirektion der einzig richtige im Sinne der Verfassung ist, da der Gemeinderat in diesen Angelegenheiten nicht kompetent sei. Es habe sich daher der von der Minderheit von anfang an eingenommene Standpunkt als richtig erwiesen und es erhärte sich aus den Mitteilungen der Polizeidirektion, dass die Kommission nicht berufen und nicht im Stande sei, die ihr vom Gemeinderate zugewiesene Aufgabe zu erfüllen.

Dem gegenüber stellten die Gemeinderäte Linder und Rausnitz fest, dass die Verhandlungen der Kommission wertvolle Aufschlüsse gebracht haben. Wenn die Ueberprüfung aller Wahrnehmungen nicht möglich sei, so treffe, wie sich heute gezeigt habe, die Schuld daran nicht die Kommission.

Die Kommission beschloss morgen eine Sitzung abzuhalten und in dieser Sitzung eine Reihe von Mitteilungen entgegen zu nehmen, sodann mit Rücksicht auf das Schreiben der Polizeidirektion ihre Verhandlungen zu beenden und als Berichterstatter dem Landtagspräsidenten Dr. Danneberg zu bestellen.

Stadtrat Rummelhardt erklärte, dass die christlichsozialen Mitglieder des Ausschusses sich ihre Stellungnahme zum Berichte vorbehalten und allenfalls einen Minderheitsbericht an den Gemeinderat erstatten werden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Laufe dieser Woche wird in der Hintere Zollamtsstrasse, in der Oberen Weissgärberstrasse, in der Theobaldgasse, in der Pfauengasse, in der Küniglsgasse und in der Rahlgasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung im Betrieb gesetzt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

293

Wien, am Freitag, den 19. August 1927

.....
Auflösung der Gemeindefürsorge. Mit 18. August dieses Jahres wurde die auf Verfügung des Bürgermeisters aufgestellte Gemeindefürsorge aufgelöst. Gemäss des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 29. Juli 1927 wird die Gemeindefürsorge aufgestellt.

.....
Sonntag Strandfest am Gänsehügel. Am 10. Juli fand mit ausserordentlich grossem Erfolg ein Strandfest am Gänsehügel statt. Diesem folgt nun Sonntag ein zweites Fest. Das reichhaltige Programm des Strandfestes enthält zahlreiche Scherzkonkurrenzen, Tanzvorführungen der Tanzgruppe Grete Gross Flügelhornsolo des Professor Dr. Max Sostaric, Belustigungen aller Art, Tanz im Freien, Promenadekonzert unter Leitung des Professors Schoof und andere Darbietungen. Den Abschluss des Festes wird ein Feuerwerk bilden, dass auf dem Wasser abgebrannt werden wird. Nähere Auskünfte durch Anruf der Nummern 41-0-34 und 92-1-10.

.....
Verkehrsbeschränkungen auf der Augartenbrücke und auf der Schmelzbrücke. Der Konstruktionszustand der Augartenbrücke sowie der Schmelzbrücke, die über die Geleiseanlagen des Westbahnhofes führt, ist der Belastung durch den heutigen Verkehr nicht mehr gewachsen. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit muss daher jede Ueberlastung und stärkere Erschütterung der beiden Brücken vermieden werden. Der Magistrat hat deshalb eine Kundmachung erlassen, wonach Menschenansammlungen und Umzüge sowie das Marschieren geschlossener Verbände auf beiden Brücken verboten sind. Weiters dürfen Lastwagen mit einem Gesamtgewicht von über sechs Tonnen die beiden Brücken nicht befahren; die Lastkraftwagen mit Ausnahme der Anhänger müssen ausserdem mit einer Luftbereifung versehen sein. Von dieser Einschränkung ausgenommen sind nur die Geräte der Feuerwehr und die Spritzwagen der Gemeinde, wenn diese ungefüllt sind. Die Fahrgeschwindigkeit darf auf beiden Brücken sechs Kilometer pro Stunde nicht überschreiten. Von dieser Einschränkung sind ebenfalls nur die Geräte der Feuerwehr ausgenommen.

.....
Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring. Die Bezirksvertretung Ottakring hält am Freitag, den 26. August, um sechs Uhr nachmittags im grossen Sitzungssaal der Bezirksvertretung eine öffentliche Sitzung ab.

Wien, am Samstag, den 26. August 1927

neue Badeanlagen auf dem Kongressplatz Der gute Erfolg, den das städtische Ottakringer Schwimm-, Sonnen- und Luftbad, das im Vorjahr errichtet wurde, zeitigte, bewog die Gemeindeverwaltung, ein neues Schwimm-, Sonnen- und Luftbad an der Grenze des 16. und 17. Bezirkes, auf dem Kongressplatz zu errichten. Vorläufig werden bloss tausend Umkleidestellen, die aus Kabinen und Kästen bestehen, aufgestellt. Die Umkleidegelegenheiten sind nach Geschlechtern getrennt und können auf mehr als viertausend Umkleidestellen erweitert werden. Um die Badegäste vor der Benützung des Schwimmbeckens zur Reinigung des Körpers anschalten, sind zwischen den Umkleidestellen und dem eigentlichen Schwimmbadplatz entsprechende Brausegelegenheiten vorhanden, an die jeder Badegast vor dem Betreten des Badeplatzes vorbeikommen muss. Solche Brausen sind auch in den Verbindungsgängen zwischen dem Sonnen- und Luftbad einerseits und dem Schwimmplatz andererseits angebracht. Das Badebecken ist hundert Meter lang und zwanzig Meter breit. Sein Profil wurde davor gewählt, dass das Becken durch Hebung des Wasserspiegels auch für internationale Schwimmveranstaltungen verwendbar ist. Um möglichst vielen Personen, namentlich auch Nichtschwimmern, eine weitgehende Badbenützung zu ermöglichen, wird das Badebecken bei normalem Wasserstand auf zwei Drittel der Länge für Nichtschwimmer zur Verfügung stehen. An der Schwimmersseite des Beckens steht ein Sprungturm mit festen Plattformen von fünf Meter und zehn Meter Höhe sowie zwei je drei Meter hohen Sprungbrettern. Wegen der Sprungturmanlage musste das Schwimmbecken um Verletzungen der Springer zu vermeiden, auf eine Länge von zwölf Metern als sogenannte Sprunggrube mit einer Grösstwasstiefe von vier ein halb Metern ausgestaltet werden. Bei Wettschwimmbewerben können die Einzelbahnen für die Starter durch Schwimmende rote Korkscheibenseile abgegrenzt und beim Rückenwettbewerb Wimpelleinen aufgestellt werden. Für die Abhaltung des Jugend- und Staffelschwimmens ist die Errichtung eines 50m Schwimmbeckens notwendig; deshalb wird im nächsten Jahr eine Startbrücke aufgestellt, die das Schwimmbecken überbrückt und der Länge nach verschoben werden kann. Für die Jugend wurde, vom grossen Badebassin vollkommen getrennt, ein Kinderbecken geschaffen. Das Becken ist fünfzig Quadratmeter gross und hat eine Wassertiefe von sechzig Zentimeter. Zur Füllung der beiden Badebecken wird ausschliesslich Hochquellenwasser verwendet, das wegen seiner geringen Temperatur in einer eigenen elektrischen Kesselanlage auf ungefähr 22 Grad Celsius vorgewärmt werden kann. Die Sonnen- und Luftbadeflächen sind mit einem Rasen versehen, es sind Ruhe- und Spielplätze vorhanden und weiters ein mit den verschiedensten Geräten ausgestatteter Turnplatz. Dortselbst wird auch eine Erfrischungshalle mit den notwendigen Nebenräumen und Aborten sein. Die Eröffnung der Anlage, deren Errichtung rund 575.000 Schilling kostet, wird Anfangs Dezember erfolgen. An das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad anschliessend wird ein Kinderfreibad errichtet. Es hat dies das zwölfte Kinderfreibad der Gemeinde Wien. Das Badebecken, das aus Eisenbeton ist, ist 24 Meter lang und 16 Meter breit. Es hat eine Höchstwasstiefe von sechzig Zentimeter. Die Aus- und Ankleiderkabinen für die Kinder sind nach Geschlechtern getrennt. In den Aus- und Ankleiderkabinen sind bloss Bänke vorhanden. Die Abgabe der Kleidungsstücke erfolgt an einem Pult nach dem Muster der Theatergarderoben. Jedes Kind erhält bei Abgabe der Kleider ein Metallnummernplättchen, dass an einer Schnurschlinge befestigt ist und von dem Kind um den Hals gehängt werden kann. Wenn das Kind nach dem Bad das Plättchen im Ankleideraum wieder abgibt, erhält es seine Kleidungsstücke

wieder zurück. Aus hygienischen Gründen wird bei dem Kinderfreibad wie bei allen anderen in letzterer Zeit erbauten Kinderfreibädern eine Filtrier- und Chlorierungsanlage für das Beckenwasser gebaut. Das Kinderfreibad, das wie alle anderen Kinderfreibäder der Stadt Wien von allen Kindern im Alter von sechs bis 14 Jahren vollkommen unentgeltlich besucht werden kann, wird ebenfalls Anfangs September eröffnet werden.

Studienreisen nach Wien Die Ortsgruppe Steinhilber-Iding des Reichsschutz- und Gewerkschaftsvereins veranstaltete eine Studienreise nach Wien. An der Reise nahmen 14 Mitglieder teil. Die Gäste besuchten heute das Wiener Rathaus, wo im Gemeinderatssaal Franz X. Friedrich einen Vortrag über die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung hielt. Im Namen der Reiseleiter dankte Gemeinderat Hauhart (Steinhilber-Iding) für die Begrüssung. Die Gäste besichtigten sodann das Rathaus und werden heute und morgen die städtischen Wohnhausbauten und Fürsorgeeinrichtungen besichtigen.

Morgen Strandfest am Gänsehübel Am 10. Juli wurde mit ausserordentlich grossem Erfolg ein Strandfest am Gänsehübel abgehalten. Morgen folgt diesem Fest nun ein weiteres Strandfest. Das reichhaltige Programm des Strandfestes enthält zahlreiche Scherzkonkurrenzen, Tanzvorführungen der Tanzgruppe Grete Gross, Belustigungen aller Art, Flögelhornsolo des Professor Dr. Max Sostaric, Tanz im Freien, Promenadekonzert unter der Leitung des Professor Schoof und andere Darbietungen. Den Abschluss des Festes wird ein Feuerwerk bilden, das auf dem Wasser abgehalten werden wird. Der Preis der Festzuschlagskarte beträgt einen Schilling. Nähere Auskünfte durch Anruf der Nummern 41-6-34 und 92-1-10.

Starker Besuch der Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates Auch die kommende Woche wird die Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates, II., Untere Augartenstrasse 3, einen sehr starken Besuch haben. Aus Niederösterreich, aus Essen und aus Würzburg sind 177 Besucher in der Schülerherberge angemeldet. Die Gäste sind Volksschüler, Mittelschüler und Wirtschaftsschüler.

Wieder grosse Bestellungen durch die Gemeinde Wien Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat am 19. Juli abermals für 4,7 Millionen Schilling Aufträge an Gewerbe und Industrie erteilt, wodurch einer Reihe von Unternehmungen und Gewerbetreibenden die erwünschte Beschäftigung gesichert wird und viele Arbeitslose eingestellt werden. Insbesondere die grossen Bestellungen für die städtischen Wohnhausbauten haben wesentlich zur Linderung der Arbeitslosigkeit beigetragen. So wurden sehr umfangreiche Erd- und Baumeisterarbeiten für 715.000 Schilling vergeben, weitere Asphaltierungsarbeiten für 450.000 Schilling, ferner Installationen für Gas, Wasser und elektrische Beleuchtung für 1,2 Millionen Schilling, Holstschelpflasterarbeiten für 312.000 Schilling und für 250.000 Schilling wurde Sandmaterial bestellt. Sehr bedeutende Lieferungen erhielten das Schlosser-, Spengler-, Elektriker-, Installateur- und Glasergewerbe. Die Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung ist ebenfalls mit sehr erheblichen Aufträgen für die Elektrotechnik verbunden.

Wien, am Montag, den 22. August 1927

Das Strandfest am Gänsehäufel. Das gestern stattgefundene Strandfest am Gänsehäufel fand bei den zahlreich erschienenen Badegästen einen äusserst lebhaften Anklang. Das vielseitige Programm wickelte sich in rascher Aufeinanderfolge ab und namentlich die Scherzkonkurrenzen trugen viel zur Erheiterung des Publikums bei. Besonders erwähnenswert sind die Tanzvorführungen der ausgezeichneten Tanzgruppe Greta Gross, das Kunstpfeifen des Fred Kornau, die Herren- und Damenschönheitskonkurrenz und das grosse Feuerwerk. Eine Glanznummer bildete auch die Produktion des Professor Sostario, der mehrere Flögelhornsolo vom Vortrag brachte.

Die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 31. März 1927 beschlossen, den Inhabern von Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien, die ihre Obligationen vor dem 1. November 1918 (für die Inhaber der Lebensmittelanleihe vom Jahre 1918 gilt als Stichtag der 15. Dezember 1918) erworben haben, österreichische Bundesbürger sind, im Bundesgebiete ihren Wohnsitz haben und ein Maximaleinkommen von 3.600 Schilling pro Jahr nachweisen können, einen Zuschuss zu den Zinsen zu gewähren. Der Anmeldetermin für diese Aktion schliesst unwiderruflich am 31. August 1927. Für die Anmeldung kommen nur Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien in Betracht. Die Anmeldungen von Spareinlagen, Lebensversicherungen, der Denauregulierungs-Kommission, der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien und dergleichen fallen nicht in den Rahmen dieser Aktion. Derartige Anmeldungen können daher nicht berücksichtigt werden und sind vollkommen zwecklos. Anmeldeformulare werden kostenlos von der Magistrats-Abteilung 4, I., Neues Rathaus, von allen magistratischen Bezirksämtern und vom Verband der Sparer und Kleinrentner Österreichs, I., Hofburg, Schweizer Hof, II/7 ausgegeben.

Jubilare der Ehe. Am Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters Amtsrat Kantner den Ehepaaren Wenzel und Johanna Hammerschmid, Karl und Josefa Christ, Franz und Chärlie Buckenbauer und Markus und Lina Goldstein, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Die Beiträge zur Angestelltenversicherung. Vielfache Anfragen bei den Versicherungsträgern der Angestelltenversicherung und den Behörden zeigen, dass hinsichtlich der Zusammensetzung der Beiträge, die neben den Versicherungsbeiträgen im engsten Sinne von den neuen Versicherungskassen für Angestellte und den Sonderversicherungsanstalten einzubringen sind, keineswegs Klarheit herrscht. Es wird nun, um den Dienstgebern versicherungspflichtiger Angestellter Weiterungen zu ersparen, mitgeteilt, dass die Dienstgeber an die zuständige Versicherungskasse (Sonderversicherungsanstalt) ausser den eigentlichen Versicherungsbeiträgen, die bis 31. Dezember 1927 für die allgemeine Versicherung 13 7/8 Prozent der Beitragsgrundlage, das ist der Gehalte samt Nebenbesügen bis zu 400 Schilling, je nach der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Berufe noch folgende Beiträge (Umlagen) gleichzeitig abzuführen haben. 1. Zusatzbeiträge zur Deckung der Notstandshilfen in der Arbeitslosenversicherung die von jeder industriellen Bezirkskommission dem Bedarfe entsprechend in Hundertteilen des Beitrages zur Krankenversicherung festgesetzt werden und für Wien derzeit 45 Prozent des Krankenversicherungsbeitrages betragen. Das Angestelltenversicherungsgesetz enthält einen Umrechnungsschlüssel, nach dem je fünf

Prozent des Krankenversicherungsbeitrages 0 2 Prozent der Beitragsgrundlage entsprechen. Für Wien ist daher ein Zusatzbeitrag von 1 1/8 Prozent der Beitragsgrundlage zu entrichten. 2. Umlagen zur Deckung der Kosten der Arbeitsvermittlung, auch diese werden für die Sprengel der einzelnen industriellen Bezirkskommissionen dem Bedarfe entsprechend verschieden hoch festgesetzt und betragen für die allgemeine Arbeitsvermittlung in Wien derzeit achtzehn Groschen im Monat für jeden Versicherten. 3. Kammerbeiträge: Für Angestellte im Gewerbe, Handel Verkehr und im Bergbau sind Beiträge zur Kammer für Arbeiter und Angestellte, für Rechtsanwalts- und Notariatsgehilfen Beiträge zu deren Kammern zu entrichten. Die Höhe der Beiträge wird von den Kammern kundgemacht und beträgt derzeit in Wien für die Arbeiterkammer 22 Groschen im Monat für jeden Versicherten. 4. Beiträge zum Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds in der Höhe von vier Groschen monatlich für jeden Versicherten. 5. Für jene Angestellte die einer Genossenschaft angehören bei der eine gewerbebehördlich genehmigte Gehilfenauslage eingeführt ist, die Gehilfenauslage. Hierbei wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Beiträge vom Dienstgeber abzuliefern sind, ohne dass eine Vorschreibung seitens der Kasse abzuwarten wäre, und dass der unter Zurechnung aller in Betracht kommenden Umlagen, Zusatzbeiträge und so weiter sich ergebende Gesamtbeiträge auf ganze Schillinge aufzurunden ist.

Ein australischer Journalist. Über den Wiederaufbau Wiens. Im Juli besuchte Mr. E. R. Peacock aus Melbourne in Australien, der auch Konsul eines mitteleuropäischen Staates ist, nach einer Abwesenheit seit dem Jahre 1919 wieder Wien. In zwei Aufsätzen, die in englischen Zeitungen erschienen sind, schildert er namentlich seine Eindrücke. Die Wiederherholung Wiens gegenüber dem Jahre 1919 ist dem Gast ganz auffällig und er spendet den Führern der Stadtverwaltung, die diese Leistung vollbracht haben, hohes Lob. Mr. Peacock bespricht auch die unglücklichen Ereignisse vom 15. und 16. Juli, für die er letzten Endes in den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen des heutigen verarmten Österreichs die Erklärung findet, da nach seiner Äusserung alle jene, die Wien kennen, mit ihm übereinstimmen werden, wenn er Wien als die schönste Stadt in Europa und ihre Bewohner als wahrhaft kultiviert und von verfeinertem künstlerischen Geschmack bezeichnet. In einem zweiten Aufsatz schildert Mr. Peacock die Eindrücke, die er bei der Führung durch die Wiener Gemeindebauten der letzten Jahre empfangen hat. Er schreibt darüber: "Ohne behaupten zu wollen, dass die in Wien befolgten Methoden anderswo notwendig oder angepasst wären, zeigen sie doch, wie gründlich und mit welchem Erfolg die Wiener Gemeindeverwaltung sich der ihr durch die Zeit gestellten Probleme angenommen hat. Das aus Steuern genommene Geld wurde im Lande erhalten und hat im Interesse der arbeitenden Klassen gearbeitet. Wien erspart jetzt schon Ausgaben bei den Spitzkranken (Gemeint ist der auch durch die verbesserten Wohnverhältnisse begründete Rückgang der Tuberkulose) und wirkt in der Richtung einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Die Bevölkerung hat erkannt, dass gesunde Wohnverhältnisse und Wohlbefinden wesentlich sind für das Gedeihen einer Stadt! In Worten der höchsten Anerkennung bespricht der australische Journalist, dem alle einschlägigen Verhältnisse der übrigen Welt bekannt sind, die Leistungen Wiens auf dem Gebiete der Kinderfürsorge und bezeichnet sie als sensationell und vorbildlich. Auch die städtischen Bäder rühmt Mr. Peacock und vor allen bezeichnet er die Kinderfreibäder als eine Einrichtung, die in anderen Städten fehlt und der Nachahmung wahrhaft würdig ist."

Wien, am Dienstag, den 23. August 1927

.....

Die Vergabung der Arbeiten für den Neubau der Hafenbrücke über dem Wiener Donaukanal. Wegen Vergabung der Arbeiten für den Neubau der Hafenbrücke über dem Wiener Donaukanal zwischen dem XI. und dem II. Bezirk wird vom Wiener Magistrat, Abteilung 33, Samstag, den 29. Oktober 1927, pünktlich zehn Uhr im Amtsraume des Oberstadtbaurates Ingenieur Künstler im Neuen Rathaus, VIII. Stiege, Meszanin, Tür 18 eine öffentliche, schriftliche Anbotsverhandlung abgehalten. Die Anbotsbehalte können in der Kanzlei der Magistratsabteilung 33 während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden. Sie können auch mit einem von der Magistratsabteilung 33 ausgestellten Bezugsschein bei der Zentralrechnungsabteilung gegen Ertrag von zwanzig Schilling erworben werden. Die geschätzte Bausumme, einschliesslich der von der Gemeinde Wien unmittelbar durchzuführenden oder gesondert zu vergebenden Lieferungen und Leistungen, beträgt rund zwei Millionen Schilling. Die Anbote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu übersreichen. Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmässige ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen. Der Gemeinde Wien bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt. Nähere Auskünfte werden in der Magistratsabteilung 33 vom Referenten Stadtbaninspektor Dr. Ingenieur Tillmann erteilt.

.....

Die Auflösung der Gemeindeschutzwache. In einigen Tagesblättern sind heute Nachrichten über die Auflösung der Gemeindeschutzwache enthalten, die den Tatsachen nicht entsprechen. Wie die Rathauskorrespondenz schon gemeldet hat, ist die Gemeindeschutzwache gemäss der Weisung des Bürgermeisters mit 18. August aufgelöst worden. Die Aufstellung der neuen Gemeindewache hat sodann begonnen. Selbstverständlich mussten dabei auch die neuen Aufnahmebestimmungen eingehalten werden. Nach diesen Bestimmungen ist die Aufnahme von Personen, die das 22. Lebensjahr noch nicht erreicht oder das 36. Lebensjahr schon überschritten haben, nicht möglich. Infolgedessen konnte schon aus diesem Grunde eine grössere Zahl von Angehörigen der früheren Gemeindeschutzwache nicht übernommen werden. Ueberdies ist auch, da völlige Unbescholtenheit Erfordernis ist, eine Anzahl von Personen ausgeschlossen worden, die, wenn auch nur geringfügige Vorstrafen besitzen. Die Meldung, wonach Angehörige der früheren Gemeindeschutzwache Stiegen und Gänge des Rathauses besetzt haben, um ihre Anstellung im Gemeindedienste zu erzwingen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Auch die Behauptung, dass Stadtrat Breilner Verhandlungen geführt hat, trifft nicht zu. Tatsache ist nur, dass etwa 30 Angehörige der früheren Gemeindeschutzwache vor ihrer Entlassung wegen einer weiteren Verwendung im Büro des Personalreferenten vorgesprochen haben. Mit Rücksicht darauf, dass es sich um Leute handelt, die sich in kritischen Tagen für einen schweren Gemeindedienst zur Verfügung gestellt hatten, wurde ein grosser Teil der aus der Gemeindeschutzwache Entlassenen für Saisonarbeiten in Verwendung gestellt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H. o n a y

297

Wien, am Mittwoch, den 24. August 1927

.....
Studienreise nach Wien. Heute vormittag empfing Vizebürgermeister Emmerling im Gemeinderatssitzungssaal gegen fünfzig Mitglieder der Volkshochschule Heilbronn, die gegenwärtig eine Studienreise durch Oesterreich machen. Im Namen der Gäste dankte Dr. Leichtle für die Begrüssung, der dem Aufbauwerk, das die gegenwärtige Gemeindeverwaltung geschaffen hat, die grösste Anerkennung zollte. An den Empfang schloss sich dann ein Rundgang durch das Wiener Rathaus an. Eine Stunde später besuchten hundert Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Berlin das Rathaus. Sie wurden ebenfalls von Vizebürgermeister Emmerling im Gemeinderatssitzungssaal begrüsst. Für die Gäste dankte Vorstandsmitglied Dittmer (Berlin), der die Tätigkeit der Stadtverwaltung als vorbildlich und beispielgebend bezeichnete. Die Gäste wurden dann durch das Wiener Rathaus geführt und besichtigen heute die städtischen Wohnhausbauten und sozialen Einrichtungen. Morgen Vormittag wird Vizebürgermeister Emmerling die bulgarische Arbeiterdelegation empfangen.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Laufe dieser Woche wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Novaragasse, Fillersdorfgasse, in der Oswaldgasse und in der Treustrasse vom Gaussplatz bis zur Pappenheimgasse und in einem Teil der Wolfsaugasse in Betrieb gesetzt.

.....

Wien, am Donnerstag, den 25. August 1927

Die Ermässigung der Kraftwagenabgabe. Der Bürgermeister hat in seiner Antrittsrede angekündigt, dass zur Förderung der österreichischen Automobilindustrie noch vor den Sommerferien dem Wiener Landtag eine Vorlage über die Ermässigung der Kraftwagenabgabe zugehen wird. Wie bekannt, hat der Wiener Landtag vor einigen Wochen die Vorlage beschlossen. Die Ermässigung der Kraftwagenabgabe tritt schon mit 1. September dieses Jahres in Kraft.

Die bulgarische Arbeiterdelegation im Wiener Rathaus. Heute vormittags empfing Vizebürgermeister Emmerling im Gemeinderatssitzungssaal die bulgarische Arbeiterdelegation. Er hiess sie im Wiener Rathaus herzlich willkommen und erläuterte sodann den Gästen die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung. Für die Gäste dankte Constantin Bozvelieff (Napred) für den herzlichen Empfang. Wir sind nicht nach Wien gekommen, weil Wien eine weltbekannte Grosstadt ist, sagte er, sondern weil wir die ungeheure Aufbauarbeit der Wiener Gemeindeverwaltung kennen lernen wollen. Wir haben vor Jahren von einem hungernden Wien gehört, von einem Wien, das von allem Elend besucht ist. Heute nun ist Wien wiedererstandene und die Aufbauarbeit, die von der Gemeindeverwaltung geleistet wurde, ist für die ganze Welt vorbildlich. Die Reden, die von Grigor Danoff (Napred) übersetzt wurden, wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Gäste besichtigten sodann das Wiener Rathaus und werden heute nachmittag die städtischen Wohnhausbauten und Fürsorgeeinrichtungen besichtigen.

Der Fortbildungsschulfondsbeitrag im Jahre 1927. Der Fortbildungsschulrat in Wien hat in der Sitzung vom 11. Juli für das Kalenderjahr 1927 die Ausschreibung und Einhebung der Fortbildungsschulfondsumlage in der Höhe von dreizehn Prozent der Erwerbssteuer und Körperschaftssteuer beschlossen. Dem Fortbildungsschulfondszuschlag ist die allgemeine Erwerbssteuer mit dem vollen Betrage, die Körperschaftssteuer jedoch nur mit Teilbeträgen, und zwar bei Fabrika- und anderen auf gewerbliche Produktion oder Handel gerichteten Unternehmungen mit dem fünften, bei Verkehrsunternehmungen, bei Banken, Kredit- und Versicherungsinstituten, sowie Sparkassen mit dem zehnten Teile zugrunde zu legen.

Wien, am Freitag, den 26. August 1927

Dachfeuer im Neuen Amtshaus der Stadt Wien. Wien ist in letzter Zeit von einer Reihe von Grossbränden heimgesucht. Zu diesen kommt nun noch das grosse Dachfeuer im Neuen Amtshaus der Stadt Wien gegenüber dem Rathaus, das heute nacht ausgebrochen ist. Um 0^h56 Uhr früh erhielt die Feuerwehrzentrale von dem Gemeinderat Dr. Friedjung die telefonische Mitteilung von einem Dachfeuer im Neuen Amtshaus. Auf diese Meldung hin rückte der erste Zug der Feuerwehrzentrale in voller Stärke auf den Brandplatz aus. Kurz darauf liefen bei der Feuerwehrzentrale die verschiedensten Anzeigen ein und auch der Türmer von St. Stephen meldete den Brand. Um 0^h14 Uhr früh rückte Branddirektor Ingenieur Wagner mit zwei Kraftspritzen auf den Brandplatz aus. Inzwischen wurde auch die Hauptfeuerwache Ofakring alarmiert. Mittlerweile wurde der Feuerwehrzentrale ein Dachfeuer in der Florianigasse Nr. 2 gemeldet. Dorthin rückte der zweite Feuerlöschzug der Feuerwehrzentrale aus. Es wurde aber kein Brand vorgefunden und wie es sich später herausstellte, war die Meldung eine unbeabsichtigte Irrführung. Als ^{der} zweite Feuerlöschzug in der Zentrale ^{wieder} eintraf, langte der Befehl des Branddirektors ein, den Fernfeuerlöschzug zum Grossbrand im Neuen Wiener Amtshaus zu entsenden. Als der erste Feuerlöschzug auf den Brandplatz eintraf, stand schon ein grosser Teil des Daches hier in hellen Flammen. Kaum war die Feuerwehr in das Amtshaus eingedrungen, stürzte der Paternosteraufzug in die Tiefe. Daraus ist zu ersehen, dass das Feuer erst sehr spät entdeckt wurde und schon lange Zeit gewütet haben muss. Nach staffelweisem Einsatz der verfügbaren Kräfte wurde die Löscharbeit mit zehn Schlauchlinien, sechs Kraftspritzen und sieben Hydranten in Angriff genommen. Drei Schlauchlinien wurden über mechanische Schiebelleitern geführt und die übrigen über die beiden Stiegenaufgänge. Während das Feuer wütete, war ein heftiger Sturm, dessen Stärke zirka 40 bis 50 Stunden Kilometer betrug. Geradezu katastrophal war die unweckmässige Bauweise der Mansardendecke und die verschiedenen Hohlräume, die das Weiterfressen des Feuers begünstigten und mit den Blechverschallungen das Vordringen der Feuerwehr hinderten. Unter grosser Lebensgefahr mussten daher auch drei Schlauchlinien über die steilen Aussenseiten der Mansarde geführt werden. Um zwei Uhr dreissig Minuten früh war das Feuer lokalisiert und um 3^h51 Uhr früh gelöscht. Die Feuerwehr rückte ein und eine starke Brandwache blieb zurück. Dem Feuer sind gegen tausend Quadratmeter Dachstuhl und die Einrichtung von Kanälen, die in der Mansarde untergebracht sind, zum Opfer gefallen. Der Sachschaden wird auf dreissigtausend Schilling geschätzt. Nach den geführten Erhebungen scheint das Feuer beim Paternosteraufzug ausgebrochen und vermutlich von Arbeitern verschuldet worden zu sein, die angeblich/nach um halb sechs Uhr abends dort arbeiteten. Mit den Renovierungsarbeiten wird sofort begonnen werden und das Neue Amtshaus wird statt der alten ausserst mangelhaften Dachdecke einen neuen modernen Dachstuhl bekommen. Wie bei dem Brand auf dem Reithofplatz, wurde auch bei diesem Brand die Gemeindewache zur Mitarbeit herangezogen. Sowohl die Feuerwehr als auch die Gemeindewache arbeiteten oft in grösster Lebensgefahr. Mit aller Energie wurden die unter der Dachdecke gelegenen Kanäleiräume geräumt. Der Amtsbetrieb im Neuen Amtshaus erfährt durch den Brand keine Unterbrechung.

HAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redaktion:
Karl H o n a y

299

Wien, am Freitag, den 26. August 1937

Dachfeuer im Neuen Antehaus der Stadt Wien. Wien ist in letzter Zeit von einer Reihe von Grossbränden heimgesucht. Zu diesen kommt nun noch das grosse Dachfeuer im Neuen Antehaus der Stadt Wien gegenüber dem Rathaus, das heute nacht ausgebrochen ist. Um 0:36 Uhr früh erhielt die Feuerwehrzentrale die telefonische Mitteilung von einem Dachfeuer im Neuen Antehaus. Daraufhin rückte der erste Zug der Feuerwehrzentrale in voller Stärke auf den Brandplatz aus. Kurz darauf liefen bei der Feuerwehrzentrale noch mehrere Anzeigen ein und auch der Turm von St. Stephan meldete den Brand. Um 0:44 Uhr fuhren rückte Branddirektor Ingenieur Wagner mit zwei Kraftspitzen aus Feuer aus. Inzwischen wurde auch die Hauptfeuerwache Ottakring alarmiert. Mittlerweile wurde der Feuerwehrzentrale ein Dachfeuer in der Florianigasse Nr. 2 gemeldet. Dorthin rückte der zweite Feuerlöschzug der Zentrale aus. Es wurde aber kein Brand vorgefunden und wie es sich später herausstellte, war die Meldung eine unbeabsichtigte Verfehlung. Als der zweite Feuerlöschzug in der Zentrale wieder eintraf, langte der Befehl des Branddirektors ein, den Fernfeuerlöschzug zum Grossbrand im Neuen Wiener Antehaus zu entsenden. Als der erste Fernlöschzug auf dem Brandplatz eintraf, stand schon ein grosser Teil des Dachstuhles in hellen Flammen. Kaum war die Feuerwehr in das Antehaus eingedrungen, stürzte der Paternosteraufzug in die Tiefe. Daraus ist zu erschen, dass das Feuer erst sehr spät entdeckt wurde und schon lange Zeit gewütet haben muss. Nach stoffalweisen Einsatz der verfügbaren Kräfte wurde die Löschaktion mit zehn Schlauchlinien, sechs Kraftspitzen und sieben Hydranten in Angriff genommen. Drei Schlauchlinien wurden über mechanische Schlebleitern geführt und die übrigen über die beiden Stiegenaufgänge. Während das Feuer wütete, war ein heftiger Sturm, dessen Stärke gegen 40 bis 50 Stundenkilometer betrug. Erschwerend für die Löschaktion wirkte die in architektonischen Rücksichten begründete Bauweise der Mansardendecke mit ihren verschiedenen Wehrräumen, die das Weiterfressen des Feuers begünstigten. Unter grosser Lebensgefahr mussten daher auch drei Schlauchlinien über die steilen Aussenseiten der Mansarde gelegt werden. Dem Feuer sind gegen tausend Quadratmeter Dachstuhl zum Opfer gefallen. Der Sachschaden wird dreissigtausend Schilling geschätzt. Nach den geführten Erhebungen scheint das Feuer beim Paternosteraufzug ausgebrochen und möglicherweise von Arbeitern verschuldet worden zu sein, die gestern abends dort arbeiteten. Vernichtet wurde ungefähr die Hälfte des Dachstuhles des Gebäudes. Ein Teil der darunter liegenden Räume, die von städtischen Bauamtsabteilungen benutzt werden, wurde gebrauchsunfähig gemacht. Insgesamt sind neun Büroräume ausser Betrieb gesetzt. Der Umstand, dass alle Decken dieses erst in den Nachkriegsjahren vollständig fertiggestellten Gebäudes aus Eisenbeton sind, dass Brandmauern genügend vorgesehen waren, liess eine katastrophale Ausdehnung des Brandes nicht zu. Ueberdies war die Bekämpfung durch die zeitgerecht erschienene Feuerwehr unter dem Kommando des Branddirektors Ingenieur Wagner eine überaus wirkzame, so dass auch stark angebrannte Holzbestandteile des Dachstuhles vor dem Einsturze bewahrt wurden. In einer anerkennenswerten Weise hat auch die gleichzeitig in Aktion getretene Gemeindevache bei den Ausräumungsarbeiten in den gefährdeten Büros mitgewirkt, so dass der Aktienbestand weitgehend gerettet wurde und die Schäden in der Hauptsache nur auf Durchdringung zurückzuführen sind. Die Aufräumungsarbeiten sind in vollen Gang und die Vorbe-

reitungen bereits so weit eingeleitet, dass mit der Wiederinstandsetzung eines jeden Raumes begonnen werden kann. Das Neue Antehaus wird voraussichtlich bei dieser Gelegenheit einem feuerreicheren modernen Dachstuhl bekommen. Der Antebetrieb erfährt dadurch keine Unterbrechung.

Vor der Eröffnung der Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg. Wie schon gemeldet wurde, hat die Gemeinde Wien in der am 10. November v. J. stattgefundenen Zwangsversteigerung das Schloss Wilhelminenberg erworben. Im Jahre 1907 vom Erzherrzog Leopold Salvator erbaut, steht nun das Schloss Wilhelminenberg knapp zwanzig Jahre. Der wunderbar gelegene Bau ist fast von allen Seiten der Stadt sichtbar und gehört zu den Wahrzeichen Wiens. An der Rückfront des Schlosses führt die Savoyenstrasse vorbei, die den sehr umfangreichen landwirtschaftlichen Besitz in zwei Teile teilt. Das solid gebaute Schloss ist mit Zentralheizung, Gas, elektrischem Licht, Wasser eigenen und der allgemeinen Wasserleitung ausgestattet. Von den Fenstern des Schlosses bietet sich ein herrlicher Ueberblick über Wien. Zu dem Schloss gehören noch Weingärten, Wiesen, Wald, zwei Teiche, die im Winter als Eislaufplätze dienen, und die notwendigen Wirtschaftsgebäude. Nach Kriegsende wurde das Schloss von Invaliden benutzt, doch ist es schon seit vielen Monaten geräumt.

Die künftige Bestimmung des Schlosses Wilhelminenberg ist die einer städtischen Kinderherberge. Damit wird der Ersatz für die Kinderherberge "Am Tivoli" geschaffen, die in Baracken untergebracht ist, die noch aus der Kriegszeit stammen und deren Lebenszeit zu Ende geht. Die Kinderherberge "Schloss Wilhelminenberg" wird wie "Tivoli" ein Durchzugsheim bilden. Die Kinder verbleiben dort nur bis zur Zuweisung eines Dauerplatzes einige Wochen, höchstens drei Monate, so dass die entfernte Lage von der nächsten Schule nicht ins Gewicht fällt.

Die umfangreichen Adaptierungsarbeiten sind im vollen Gange und werden schon in wenigen Wochen vollendet sein. Sobald die Arbeiten beendet sein werden, wird die Kinderherberge "Schloss Wilhelminenberg" ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Stadt Wien wird damit wohl die herrlichste Kinderherberge haben, die es in der Welt überhaupt gibt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

300

Wien, am Samstag, den 27. August 1927

.....
Englische Gäste in Wien. In Begleitung des Stadtbau Direktors Ingenieur Dr. Musil besuchten Donnerstag der englische Parlamentssekretär Sir Kingsley Wood mit Frau und das englische Oberhausmitglied Lord Carnarvon mit dem Ministerialsekretär Dr. Foranitti vom Bundesministerium für soziale Verwaltung städtische Wohnhausbauten, die Kinderübernahmestelle und das Amalienbad. Unter anderem besichtigten die Gäste den Raumannhof, dessen gediegene Bauausführung und insbesondere die zentrale Waschküchenanlage die lebhafteste Anerkennung fanden. Eine ebenso solche Anerkennung fand auch die Siedlung Hermeswiese. Ganz besonders gefiel den Gästen das Amalienbad, dessen Einrichtungen sie als mustergültig bezeichneten. Ausserst lobend sprachen sich die Gäste über die Kinderfreibäder und über die Kinderübernahmestelle aus, wobei sie den sozialen Gedanken dieser Fürsorgeeinrichtungen voll und ganz würdigten.

.....
Die amerikanischen Journalisten in Wien. Montag treffen etwa 30 amerikanische Journalisten in Wien ein und werden sich bis zum 2. September hier aufhalten. Die Gäste werden Dienstag nachmittag städtische Wohnhausanlagen, die neue Fortbildungsschule, das Amalienbad, die Kinderübernahmestelle und andere städtische Einrichtungen besuchen. Dienstag abends sind sie Gäste der Stadt Wien.

.....

PATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Hönay

301

Wien., Montag, den 29. August 1927.

.....
Der Brand im Neuen Amtshaus. In einem Montagsblatt werden im Zusammenhang mit dem Brande im Neuen Amtshaus Mitteilungen gemacht, denen gegenüber folgendes festgestellt wird: Es ist unrichtig, dass bei dem Brande die Grundbuchsauszüge fast sämtlicher Wiener Gemeinde Häuser ein Raub der Flammen wurden. Keiner der Grundbuchsauszüge, die sich im Besitze des Magistrates befinden, ist vernichtet worden, ebensowenig die amtlichen Verzeichnisse über sämtliche der Gemeinde Wien gehörigen Liegenschaften und Gebäude. Ebenso entbehrt auch die Behauptung des Blattes, dass durch den Brand die Bautätigkeit der Gemeinde nicht unwesentlich gehemmt wäre, jeder Grundlage. Schliesslich ist der von dem Montagsblatt aus der behaupteten Vernichtung von Grundbuchsausügen städtischer Liegenschaften konstruierte Zusammenhang zwischen dem Brande des Justiz-Palastes und dem des Neuen Amtshauses völlig aus der Luft gegriffen.

.....
Jubilare der Ehe. Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters Amtsrat Kantner den Ehepaaren Johann und Christine Hainzl, Heinrich und Marie Liebisch, Josef und Cäcilie Pescheck und am Sonntag Bezirksvorsteher Zanaschka dem Ehepaar Karl und Theresia Winternitz anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrangabe der Stadt Wien.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

303

Wien, am Mittwoch, den 31. August 1927.

Das Neue Amtshaus schon mit einem Notdach versehen. Bekanntlich ist in den ersten Morgenstunden des 25. August 1927 in der Nähe des Aufzugschachtes im Neuen Amtshaus ein Feuer ausgebrochen, dass den Grossteil des Dachstuhles einscherte. Da das Gebäude wichtige städtische Amtsstellen beherbergt, deren Betrieb nicht unterbrochen werden darf, musste vor allem für die rasche Abräumung der angebrannten Dachhölzer und für die Herstellung eines Notdaches gesorgt werden, um weiteren Schäden durch Eindringen von Regenwasser vorzubeugen. Die vom Stadtbauamte der Bauunternehmung Karl Korn aufgetragenen Arbeiten sind mit grösster Energie gefördert worden, so dass die Abräumungsarbeiten ziemlich vollendet sind und das Notdach bereits in Benützung steht. Das Notdach besteht aus einer Bretterverschallung, die mit Dachpappe überzogen ist. Die Projektionsarbeiten für die Wiederherstellung des definitiven Dachstuhles sind in vollem Gange. Aus den unbenützbaaren Räumen wurde nur die Magistratsabteilung 24 verlegt. Alle Gerüchte über das Zugrundegehen wertvoller Aktenbestände sind aus der Luft gegriffen.

Die amerikanischen Journalisten Gäste der Stadt Wien. Die amerikanischen Journalisten waren gestern abends auf dem Kobenzl Gäste der Stadt Wien. Vizebürgermeister Emmerling begrüßte die Gäste: Im Namen der Stadt Wien heisse ich die Vertreter der amerikanischen Presse herzlich willkommen. Sie sind uns doppelt willkommen, weil ihre Reise letzten Endes der Befestigung des internationalen Friedens dienen soll. Wie jede Demokratie, weiss auch die österreichische Demokratie die Bedeutung einer freien und unabhängigen Presse zu schätzen. Ich denke, dass es für Sie von besonderem Interesse sein muss, zu beobachten, wie in unserer Stadt das Neue neben dem Alten steht, wie sich inmitten der Zeugnisse des untergegangenen Imperiums die Schöpfungen des jungen, vom Volke errichteten Rechtsstaates entwickelt. Der neue Staat kämpft zwar noch schwer um sein ökonomisches Gedeihen, seine Demokratie aber ist gesichert und wird von der ungeheuren Mehrzahl unseres Volkes gut geheissen. Während all dieser Uebergänge vom Alten zum Neuen ist das Schicksal Wiens überall und oft Gegenstand der Diskussion gewesen, so auch bei Ihnen in Amerika. Noch vor sieben Jahren, ja sogar noch vor zwei Jahren, haben amerikanische Blätter berichtet, dass Wien eine sterbende Stadt sei. Sie werden sich überzeugt haben, dass dies nicht der Fall ist. Die Fest begründete demokratische Verwaltung dieser Stadt hat alles getan und sie hat es mit Erfolg getan - um die grossen und ehrwürdigen Kulturgüter Wiens zu erhalten und manche neue auf sozialem Gebiet hinzuzufügen. So ist Wien, obgleich es in vielen materiellen Beziehungen ärmer geworden ist, in manchem Menschlichen und Geistigen sicherlich reicher geworden. Für die Gäste dankte Mr. William Cronin (Indiana) Wien hat auf uns einen tiefen Eindruck gemacht und auf mich, der ich bis heute ein Proletarier bin, weil ich für Lohn arbeite, einen ganz besonderen. Ueberall wird von Wien gesprochen und deshalb wird auch der Bürgermeister von New York nach Wien kommen, da es vielleicht für die grosse Stadt New York auch in Wien etwas zum Lernen gibt. Ich kann nur dankbar zum Ausdruck bringen, dass wir uns alle in Ihrer Stadt sehr wohl fühlen. Die Reden, die vom Präsidenten Vetter übersetzt wurden, wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 31. August 1927.

304
Zweite Ausgabe.

Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens. Bei günstiger Witterung wird der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz am Sonntag, den 4. September, um 8 Uhr abends beleuchtet. Die Beleuchtung dauert eine Stunde.

Kinderzug nach St. Wolfgang. Dienstag hat das Wiener Jugendhilfswerk einen Sonderzug mit 539 Kindern zu einem einmonatigen Aufenthalt an den Wolfgangsee entsendet. Die Kosten des Aufenthaltes im Betrage von rund sechzigtausend Schilling werden zum Teil von der Gemeinde Wien getragen. Die Kinder werden von 25 Aufsichtspersonen, einer Aerztin und zwei Pflegerinnen betreut.

Kleingartenausstellung in Kagran. Kommenden Samstag wird in der Obstbaumschule der Kleingartenstelle der Stadt Wien in Kagran, Wagramerstrasse nächst dem Strassenbahnhof der Linie 25, um 2 Uhr nachmittags eine Obst-, Blumen- und Kleintierausstellung eröffnet. Die Ausstellung wird vom Verein der Schrebergärtner Floridsdorf veranstaltet. Sie wird den 5. September geschlossen.

Stärkere Verwendung von Obstbäumen in städtischen Gartenanlagen und Alleen
Obstbäume, namentlich Pfirsich, Mandel, Aepfel und verschiedene Zwetschkenarten, bilden während ihrer Blütezeit einen besonderen Schmuck der Gärten. Die verschiedenen Obstsorten wurden in Wien in den städtischen Gartenanlagen als Blütensträucher und Buschbäume, in die Gehölzpflanzungen eingesprengt, schon sehr stark verwendet und bilden namentlich im Frühjahr einen Hauptschmuck der neuen Gartenanlagen. Einer stärkeren Verwendung von Obstbäumen, Blütenbäumen und Sträuchern zur Ausschmückung von Gartenanlagen standen bisher verschiedene Bedenken entgegen. Ein Hauptgrund aber, weshalb Obstbäume und Sträucher bisher in Alleen gar nicht und in Gartenanlagen nicht in dem Mass verwendet wurden, als sie es ihrer Blütenpracht wegen verdienten, war die Furcht vor Beschädigungen, denen die Bäume bei Obstdiebstählen ausgesetzt sind. Tatsächlich sind in früheren Jahren bei allen Obstpflanzungen schwere Schäden vorgekommen, weil Passanten und namentlich Kinder sich nicht damit begnügten, Obst von den Bäumen herunter zu nehmen, sondern gleich ganze Aeste herabbrachen. Die ständige Aufklärungsarbeit hat aber auch darin Wandel geschaffen. Die Gartenanlagen werden heute durchwegs viel mehr geschont als in der Vorkriegszeit und es kommt auch bei Obstpflanzungen nur mehr sehr selten zu ernstlichen Beschädigungen. Das Stadtgarteninspektorat hat daher in der letzten Zeit bei Neuanlagen von Gärten Obstbäume und Sträucher im bedeutend verstärkten Mass verwendet und auch mit Obstalleen bereits Versuche gemacht. So wurden in der Steigenteschgasse, die die Freihofsiedlung durchzieht, 34 Aepfel- und Birnbäume gepflanzt, die heuer schon vereinzelt Früchte trugen. In der Bogengasse, die an die Steigenteschgasse anschliesst, wurden heuer 72 Aepfelbäume gepflanzt.
